permanente revolution

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

NR. 12 / DEZEMBER 1977 / PREIS: S 3.- / DM o.5o

WER BEZAHLT DIE KRISE?

Für den deutschen Imperialismus brach 1966/67 endgültig das Märchen von der 'sozialen Marktwirtschaft' zusammen. Seitdem sind ganze Bände Keynesianischer Impressionen über 'krisenfeste Massenkonsumgesellschaften' in alle Winde zerflattert. Deren 'Krisenfestigkeit' und relativer Wohlstand in den 50er - und 60er-Jahren gründete sich ohnehin stets auf das riesige Elend von Abermillionen von Menschen in den halbkolonialen und kolonialen Ländern - und selbst das kann der internationale Kapitalismus nicht mehr halten. Seit dem letzten Jahrzehnt beweist er auch verstärkt in den imperialistischen Metropolen, wie er nur funktionieren kann: Stagnierende und zurückgehende Produktion und offiziell 16 Millionen Arbeitslose in den wichtigsten Industriestaaten, dh., es werden wohl weit mehr sein. Wirtschaftskrisen sind zu seinem prägnantesten Merkmal, Arbeitslosigkeit, Pauperismus und Not zu seinen 'gewöhnlichen' Erscheinungen geworden.

Dem Kapital geht es dabei um die Profitrate, die es mit gesperrten Fabriken, Rationalisierungen, gedrücktem Lebensstandard der Massen und seinem Gewaltapparat verteidigt. Sorgen sind für die Bourgeoisie nicht das Elend, sondern der Widerstand dagegen. Etwa in der BRD, wo die Kapitalistenklasse für 'morgen' rüstet - gegen die kommenden Arbeiterkämpfe!

"Es mag barbarisch klingen, aber ein Arbeitslosen-Sockel von 2 bis 2,5 Prozent ist in einer Marktwirtschaft durchaus normal(!). An den Nerv (!) gehen wird uns das Problem jedoch, wenn in den nächsten Jahren noch mehr Jugendliche (!) betroffen sein werden."(L. Poullain, Chef der Westdeutschen Landesbank, aus einem 'Spiegel'-Interview, 26. September 1977)

DIE ALLGEMEINE TIEFE REZESSION 1974/75

Ähnlich wie die 'Wirtschaftsexperten' noch im Juni 74 ein allgemeines Wachstum voraussagten und prompt in die tiefe allgemeine Rezession von 1974/75 stolperten, wurden sie nicht müde ebenso für 1976 und später einen zügigen Wirtschaftsaufschwung zu prognostizieren. Daraus ist auf längere Sicht nichts geworden. Die Industrieproduktion, die 1974 in allen imperialistischen Ländern zwischen 1,5% (Kanada) und 7,5% (Italien) zurückgegangen war; der rapide Rückgang der Inlands- und Auslandsaufträge und der tiefe Einschnitt in die Beschäftigungslage sollten durch großzügige staatliche Subventionen aufgeholt werden. Durch die Bank war dieses Deficitspending, vor allem in den USA, in Japan, der BRD und Frankreich praktiziert, der Hauptgrund für den partiellen Aufschwung ab der Mitte 1975 (USA) und Anfang 1976 (BRD) - die Frage der gewaltigen Überkapazitäten und die Massenarbeitslosigkeit konnte es aber nicht einmal im Ansatz lösen. Das Dilemma aller Verwalter des Kapitalismus bestand weiter darin, zwar einen tieferen Durchbruch der Überproduktionskrise zu verhindern und auch eine gewisse Wiederbelebung des inneren Konsums zu initiieren (damals ausgehend von den USA), damit jedoch die inflationistischen Tendenzen, die Haushaltsdefizite und Verschuldungen ungemein zu steigern. Die 160 Mrd. Dollar Defizit der imperialistischen Länder von 1975 sind zum vehementesten 'Argument' der Bourgeoisie geworden, die öffentlichen Finanzen zu 'sanieren', die Sozialausgaben zu kürzen und das Reallohnniveau zu senken.





Wenn es nach ihnen geht, bezahlt die Arbeiterklasse.
Benya und Sallinger beim 'Sozialpartnerplausch'.

ANDROSCH: "GLÜCK HAT HALT AUF DIE DAUER NUR DER TÜCHTIGE!"

So entlarvt sich die Politik der österreichischen Sozialdemokratie nach 1974 als

Fortsetzung auf Seite 3

Heinz Funke in Wien

Am 2. Dezember fand eine Veranstaltung des 'Österreichischen Komitees zur Unterstützung eines Russell-Tribunals über die Repression in der BRD' statt, auf der,neben einem Vertreter des 'Kommunistischen Bundes', sowie eines des 'Spartacusbundes' (beide BRD), auch Heinz Funke, der Verteidiger von Verena Becker sprach.

Vor mindestens 4oo Besuchern sprachen die Genossen aus der BRD vor allem über die Grundlagen und Auswirkungen der Repression, sowie über die Russell-Unterstützerbewegung und die Differenzen, die gerade dazu innerhalb der Linken deutlich wurden. Wesentlicher Bestandteil ihrer Ausführungen war selbstverständlich die Politik der RAF und die Distanzierungswelle breiter Teile der Linken. Wenn der Genosse des 'Spartacusbundes' sagte, daß nicht einzusehen sei, warum die österreichische Linke die Fehler der BRD-Linken wiederholen müsse, können wir nur zustimmen. Einzusehen ist es wahrlich nicht, doch ob es gelingt all diese Fehler zu vermeiden, kann erst das Ergebnis eines langen politischen Kampfes zeigen.

Heinz Funke sprach ausführlich über die Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der BRD und ging auch auf die Märchen von Stammheim ein. Viele der Fakten, welche die Legende vom 'Selbstmord' eindeutig als solche deklarieren, sind längst bekannt. Neu - zumindest für uns - war die Mitteilung, daß die Leiche Baaders nicht in den gewohnten Turnschuhen, sondern in schweren Armeestiefeln steckte, in deren Sohlenprofil Sand war. Dieser Sand befand sich allerdings nur im Profil der Sohlen,nicht aber auf dem Boden der Zelle, was bei einem einzigen Schritt mit diesen Stiefeln nicht zu verhindern gewesen wäre. Heinz Funke berichtete in diesem Zusammenhang über die Meldungen dänischer und arabischer Blätter, nach denen Baader nach Mogadischu ausgeflogen wurde, um eine bevorstehende Übergabe der Gefangenen vorzutäuschen. Mit Hilfe dieses Tricks gelang dann die Ermordung der Palästinenser durch die Killereinheit GSG 9.

Der Anwalt berichtete auch über die 'Wunder von Stammheim', wo es den Gefangenen gelungen sein soll, in Betonwänden Sprengstoff und Waffen zu verstecken usw. Heute betreibt der BRD-Staatsapparat mit Hilfe eines zynischen Programms zur 'Verhinderung von Selbstmorden' die Vorbereitung von weiteren Liquidierungen politischer Gefangener. Genau in diesem Zusammenhang müssen die ständig 'auftauchenden' Rasierklingen bei Klaus Croissant gesehen werden, sowie die Verschärfung der Isolationshaft. Heinz Funke berichtete über die Haftbedingungen von Verena Becker, in deren geöffneterZelle ständig das Licht brennt und eine Beamtin sitzt, sowie über die Unmöglichkeit unter den Bedingungen in Stammheim die Verteidigung vorzubereiten. Auf der einen Seite der ständige Lärm (die nichttragenden Wände werden abgerissen, um zu 'beweisen',daß Andreas Baader und die anderen Gefangenen in der Lage waren, mit den Fingernägeln Hohlräume in Betonmauern zu kratzen), auf der anderen Seite der Staatsapparat, der Verena Becker möglichst rasch verurteilt sehen will.

Ein weiterer Schwerpunkt in den Ausführungen des Verteidigers war die Verfolgung und Diffamierung der Anwälte der politischen Gefangenen, die ja auch hierzulande von der Hetz-Presse eifrig betrieben wird. Die Verteidigungder RAF vor Gericht soll systematisch, mit allen Mitteln verunmöglicht werden. Jeder Anwalt der dies trotzdem wagt, muß mit seiner Kriminalisierung rechnen, wie ja in letzter Zeit am deutlichsten an Klaus Croissant demonstriert wurde.

Diese Veranstaltung war aus mehreren Gründen ein großartiger Erfolg. Zum ersten fand sie zu einem Zeitpunkt statt, wo die Repression und die Hetze gegen die Linke ein in diesem Land noch selten dagewesenes Ausmaß annimmt. Einige Hundert trotzten der resignativen Stimmung, die sich in Teilen der Linken breit zu machen beginnt.

Am bemerkenswertesten ist allerdings die Tatsache zu werten, daß nur ein geringer Teil dieser Linken zu den Organisationen zu zählen ist. GRM, FÖJ und VSStÖ waren äußerst gering vertreten, von den Maoisten war keine Nase zu sehen. Die Fragen der Repression gehen die 'Massenpartei' KBÖ offensichtlich nichts an. Es waren vor allem jene Teile der Linken anwesend, die auch heute - und gerade heute - nicht bereit sind, bei dem Distanzierungsspektakel mitzumachen. Die völlige Isolierung der GRM-Redner während der Diskussion bewies dies eindeutig. Die beiden Diskussionsredner der GRM waren im wahrsten Sinne des Wortes Jammergestalten. Da gab es 'Überlegungen', ob die RAF noch mit den Narodniki, oder mit jenen, die Blanco in den Himmel schickten, zu vergleichen wäre und da kam die alte Leier vom 'breiten Bündnis', von dem die GRM nun schon wirklich lange genug spricht. Sie sollte uns in der Praxis einmal dieses 'breite Bündnis' demonstrieren. Ob da allerdings mehr herauskommt, als die 'üblichen'FÖJler und einige VSStÖ-Mitglieder wagen wir zu bezweifeln. Wir mußten uns schon beherrschen, als wir sahen, wie einer der beiden GRM-Redner, während der Äußerung des KB-Genossen, wonach die Auseinandersetzung mit der RAF eine solche unter Genossen sei, eifrig nickte vor allem dann, wenn man in der 'rotfront' von den "RAF-Desperados" lesen kann.

Beim Verlassen des Neuen Institutsgebäudes, in welchem die Veranstaltung stattfand, schritt die sehr zahlreich anwesende Staatspolizei noch zur Tat und überprüfte die Personalien Heinz Funkes (die seines Sohnes wurden ebenfalls notiert!), sowie die eines Genossen vom KB!

Die Veranstaltung war ein ausgezeichnetes Forum der Propagierung des Russell-Komitees und es wird nun an allen Mitarbeitenden liegen, diesen Erfolg auszubauen und mit der Installierung weiterer Arbeitsgruppen auch zu festigen!

DIE JOURNAILLE ZUR VERANSTALTUNG

Wie erwartet kamen - neben Staatspolizei und ÖSUlern - auch Journalisten (wie soll man sie sonst nennen?) der bürgerlichen Presse zur Veranstaltung, um das Auftreten des "Terroristen-Anwaltes" Heinz Funke zu melden. Wir (die Veranstalter) stellten gleich klar, daß Fotographieren nicht gestattet sei, was der 'Kurier' bissig meldete. Diese Leute nehmen wohl an, daß wir ihre guten Beziehungen zur Staatspolizei nicht kennen. Die 'Kronen-Zeitung' ersuchte vor Beginn der Veranstaltung um ein Gespräch mit Heinz Funke, was dieser ablehnte. Diese Zeitung leistete sich dann die größte Frechheit, indem sie die Lüge verbreitete, daß sich Heinz Funke auf der Veranstaltung für "Massenterror" aussprach. Dies ist nun keineswegs Dummheit oder Irrtum. Hier handelte eine kleine, schmutzige Existenz bewußt im Sinne seiner Brötchengeber. Der Anwalt als Befürworter des "Massenterrors "! Wenn das nicht ausreicht, um ein Leben zu vernichten?

Etwas 'seriöser' der 'Kurier'. In der für diese Blätter üblichen Manier, stellt er eine zur gleichen Zeit stattfindende Veranstaltung der ANR zu Rudolf Heß auf die gleiche Stufe ("Eines Geistes Kinder") und lügt dann auch gleich munter drauf los. So entspricht es keineswegs den Tatsachen,daß die Veranstaltung eine 'Täuschung' der Universitätsbehörden darstellte, weil sie von der IG Politologie unter dem Titel 'Die politischen Verhältnisse in der BRD' angemeldet wurde. Der 'Kurier' meldet mit der heuchlerischen Entrüstung eines Schmierfinkes, daß "kein Wort" von Russell-Komitee und "RAF-Anwalt" gesagt wurde. Eine Kleinigkeit hat er allerdings 'vergessen'. Hunderte Plakate und Flugblätter wurden geklebt, bzw. verteilt, die natürlich auch den Universitäts- Behörden zu Gesichte kamen. Von einer quasi 'Geheimveranstaltung' zu sprechen ist demnach nur Zeugnis bewußter Lüge und Verleumdung. Um die 'Nähe' der extremen Linken zu den Faschisten wieder einmal 'beweisen' zu können, meldet der 'Kurier' dann noch das angebliche Vorhandensein eines durch die Reihen gereichten Zettels, auf dem die Nazis das Publikum aufforderten, "dann nachher zu uns zu kommen". Entweder der Redakteur ist zu blöd um richtig zu lesen, oder er lügt wieder bewußt. Denn in Wirklichkeit ging ein Zettel durch die Reihen, auf dem indirekt zur Sprengung derANR-Veranstaltung aufgefordert wurde.

Bleibt noch das 'profil' zu erwähnen, welches in seiner jüngsten Ausgabe ins gleiche Horn wie der 'Kurier' stößt, aber auch gleich mit Zahlen aufwarten kann. Der offenbar äußerst scharfsichtige Redakteur des Blattes, sah ganz genau, daß 2oo Linke anwesend waren, neben "ebenso viele(n) ANR-Kämpfer(n), ÖSU-Beobachter(n) und Staatspolizisten in Zivil...". Wirklich gute Augen! Die Staatspolizisten waren tatsächlich nicht zu übersehen, ebenso einige ÖSUler nicht, wo aber waren die Faschisten? Und gleich weit mehr als hundert!

In den letzten Tagen und Wochen hat man wieder äußerst ausgiebig Gelegenheit die Verkommenheit dieser Schreiberlinge zu studieren, die vor absolut keiner Lüge zurückschrecken, wenn sie ihren ideologischen Gegebenheiten nützen kann!
Letztlich aber doch - menschlicher Staub!



'PERMANENTE REVOLUTION' IST DAS ZENTRALORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA UND ERSCHEINT MONATLICH.

EINZELPREIS: S 3.-, DM o.4o
ABONNEMENTS: 12 AUSGABEN S 4o.-
DM 6.-

BESTELLUNGEN UND KONTAKTADRESSE:
IKL, POSTFACH 1454, 1o1o WIEN

IMPRESSUM: EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER, DRUCK UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: KARL REITTER, KLIMSCHGASSE 18/6, 1o3o WIEN.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Wer bezahlt ...

nichts Ungewöhnliches und schon gar nicht haben da die 'Tüchtigen Glück gehabt'.Ihr ökonomischer Glaube beinhaltete den Trugschluß, daß nach einer tiefen Krise (1974/75) ein kräftiger Aufschwung zu kommen pflegt, in den sie sich mit den hohen Defiziten (Budgetdefizit für 1977: rund 43 Mrd. Schilling; Staatsschulden: 165 Mrd.) hineinretten wollten. Mit dieser intensiven Defizitpolitik schien sie auch vorerst einmal Erfolg zu haben. Im internationalen Aufschwung, Anfang 1976, schwamm die österreichische Bourgeoisie zügig mit, erweiterte ihre Exporte um 10,5% und profitierte auch von der 3,5%igen Steigerung des inländischen Konsums, bedingt durch das Ablaufen von Prämien- und Bausparverträgen. Das Bruttonationalprodukt wuchs um 4,5%, womit allerdings lediglich das Niveau von 1974 wieder erreicht worden war. Hinzu kommt noch die besondere Stellung Österreichs (und Schwedens) auf dem Weltmarkt. Die Grundstoff- und Halbfertigungsindustrie (Stahl, Metall usw.) und spezielle Fertigwarenbranchen (zB. Textil) vermochten ihre Exporte überdurchschnittlich zu steigern, während andere in den letzten Jahren krisenanfällige Branchen, zB. die Automobilproduktion, in Österreich eine geringere Rolle spielen. Die österreichische Bourgeoisie konnte ihren Handel mit dem COMECON und den OPEC-Staaten ausweiten und der Fremdenverkehr wirkte ebenfalls positiv auf die Zahlungsbilanz (8-Prozentanteil am Bruttonationalprodukt und Deviseneinnahmen, die nach 1974 immerhin noch rund 50% der Handelsdefizite abdeckten und zuvor sogar bis zu 98% erreichten!).
Trotz höchster Unternehmergewinne hielten sich die Löhne wegen der regulierenden Arbeit der Gewerkschaftsbürokratie und der relativ starken Abwanderung aus der Landwirtschaft in für die Kapitalisten erträglichen Grenzen, oder wie sie sagen, sie hatten einen 'Lohnkostenvorteil' gegenüber der Konkurrenz.

Mit solchen Reserven gelang es der SPÖ die Inflationsrate relativ niedrig zu halten und zweistellige Preisindexziffern zu vermeiden. Die Teuerung mit offiziell 7,3% lag im europäischen Mittelfeld und erst recht die Arbeitslosigkeit bewegte sich in der Tabelle ganz unten: offiziell 2%.

Beidem ist großes Mißtrauen entgegenzubringen. Mit speziellen Warenkörben, neuen Berechnungsgrundlagen usw. drückte die Regierung die Indexzahlen hinunter, und in der Kreisky so ans Herz gewachsenen Vollbeschäftigung gab es mehr Risse als zugegeben. Ausländische Arbeiter, die stellungslos werden, verlieren mit der Arbeit automatisch Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung und scheinen in der Arbeitslosenstatistik nicht mehr auf.
"Seit Ende 1973 verließen deshalb etwa 80.000 Gastarbeiter die im Notfall gar nicht mehr so humane Alpenrepublik." ('Spiegel', 5.9.1977) Frühzeitig in den 'Ruhestand' geschickte Arbeiter, Frauen, die zur Hausarbeit 'zurückkehren' ua. existieren ebenso nicht in den Tabellen. Aus offiziellen 2% wären so zweifellos zeitweilig 4% geworden.
"Die österreichische Politik hat sich aller Tricks bedient, die es gibt." (Schmitz) und Kienzl: "Wir sind schamlose Dirigisten.", wobei wir eher, zynische bürgerliche Fälscher, sagen würden !

SCHWEDISCHES VORBILD?

Die Linie der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik bestand darin, mit Riesensubventionen die Kapitalisten zu'ermuntern', weiter produzieren zu lassen und die Arbeitslosenziffern niedrig zu halten. Das ist, wie gesagt, keine spezielle Note der österreichischen Politik gewesen.

Gestützt auf die starke Verstaatlichung und das niedrige Lohnniveau betrieb die Regierung nichts anderes als alle anderen kapitalistischen Regierungen. Schwedens Schiffs-, Stahl- oder Papierproduktion funktionierte in Palmes letztem Jahr zum großen Teil nur mehr wegen der hohen Staatssubventionen und funktionierte vor allem für die schwedische Monopolbourgeoisie, die dank des sozialdemokratischen Krisenmanagements Rekordprofite scheffelte. Aber was "als vorübergehende Hilfe zur Überbrückung eines weltwirtschaftlichen Ausnahmezustandes geplant war, mutierte bald zur kaum noch finanzierbaren Dauer-Krücke."('Spiegel') Denn Mitte 1976 flaute der Aufschwung vom Anfang des Jahres schon wieder ab, um Ende 76 ein wenig zuzusetzen und schließlich brutal im ersten Halbjahr 1977 abzusacken. Das 'Konjunktur-Kalkül' der schwedischen Kapitalismusverwalter ging nicht auf. Kein Aufschwung gewährte ihnen eine Pause, um die hohen Verschuldungen abzubauen. "Wir haben ganz einfach zu viele Jahre von Geld gelebt, das wir noch gar nicht verdient hatten." (Gösta Bohmann, schwedischer Wirtschaftsminister)
Was nun erstellt wurde, kann sich jeder aufmerksame Arbeiter an einer Hand abzählen:

'NOTPROGRAMME' AUF DEN RÜCKEN DER MASSEN

Die Vorgeschichte des jetzigen'Sanierungsplanes' der SPÖ-Regierung klingt ähnlich. Der österreichische Staat sieht sich heute einer stark gewachsenen Verschuldung gegenüber. Zugleich erfreuen sich die österreichischen Kapitalisten ungemein großzügiger Vergünstigungen. Zu den Riesensubventionen kommen noch die Steuerschulden der Besitzenden, die Ende 1976 das beträchtliche Ausmaß von 10,34 Mrd-Schilling erreicht haben sollen (nach dem Rechnungshofbericht!). 1973 waren es noch 3,5 Mrd.!

Und wie verwechselnd ähnlich sausen heute in Schweden und Österreich die 'Belastungshämmer' auf die Massen herunter und lauten die quacksalberischen Gejammer der 'Experten'.
"Wäre die Weltkonjunktur normal(!) verlaufen und hätte die Periode unzureichender Kapazitätenauslastung und relativ hoher Arbeitslosigkeit weltweit bloß ein oder zwei Jahre gedauert, wäre ein Durchtauchen um den Preis größerer Budgetdefizite und steigender Staatsverschuldung wohl möglich gewesen ... Tatsächlich brachte die Weltkonjunktur aber bloß einen Miniaufschwung, der die weltweite Arbeitslosigkeit nicht aufsaugen konnte." ('Finanzzeitung', 20.10.1977)

Die Industrieproduktion der BRD, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens nahm im zweiten Halbjahr wieder ab, nachdem ihnen in den beiden ersten Quartalen noch eine Verbesserung ihrer Außenhandelsbilanzen gelungen war. Einzig die USA befanden sich "weiter in einem zügigen Aufschwung" ('Presse', 5.10.1977), jedoch im laufenden Halbjahr in einem mit wieder sinkenden Auftragseingängen, steigender Arbeitslosigkeit und fallenden Einzelhandelsumsätzen, sodaß die von der Regierung veranschlagte Wachstumsrate von 5,3% nicht erreicht werden konnte.

Auch Österreichs Industrieproduktion ließ die erwarteten Ziffern vermissen. Sie erreichte im August 1977 2,3% - und ohne elektrischer- und gasförmiger Energieerzeugung sogar nur 1,1% Wachstum. Die Investitionsgüterindustrie stagnierte um 1,2% herum und im konsumgüternahen Bereich zeigten sich die stärksten 'Strukturschwächen'.
Das Außenhandelsdefizit schnellte mit dem 2. Halbjahr 77 um 30% empor, was in erster Linie auf den Import von industriellen Fertigwaren und Nahrungsmittel zurückzuführen war.
"Vergangenes Jahr waren von 54 Mrd. Schilling Handelsbilanzdefizit allein 49 Mrd. mit der BRD." (Androsch in einem 'Spiegel'-Interview)
Heuer erhöhte sich schließlich das Zahlungsbilanzdefizit von 16 Mrd. (1976) auf 20 Mrd. Schilling.



Androsch: "Darf's a bisserl weniger Lohn sein?"

"Wir sind jetzt gezwungen eine Atempause einzulegen..." ('Finanzzeitung') Erhitzt hatten sich allerdings lediglich die Gewinne und werden es auch weiter tun. In- und ausländische Konzerne durften in den vergangenen Jahren Rekordausschüttungen verbuchen, während sich die Arbeiterklasse mit 'Benya-Formeln' zufrieden geben mußte. Von 1966 bis 1972 wuchsen die Löhne nominal um 47%, die Profite aber offiziell um 107%. 1975/76 bewegten sich die Ist-Lohnerhöhungen zwischen 7,5% und 10%, was bei einer Inflationsrate von 8,5% für 1975 plus den Lohn- und Sozialsteuerabgaben für die meisten Arbeiter Reallohnraub bedeutete! Die Versicherungsangestellten und Handelsangestellten schlossen mit 9,3% bzw. 8% ab, die Metallarbeiter drükkte man auf 7,5%!

Doch 'unsere fetten Jahre' sind nun vorüber. Jetzt, mit der Verschlechterung der Bilanzen "müssen wir(!) unseren Verbrauch einschränken und kostengünstiger an das Ausland liefern; um das Budgetdefizit zu verringern, muß der Staat seine Einnahmen erhöhen und seine Ausgaben einschränken.

Alles das bedeutet weniger Nachfrage, langsamer wachsende Inlandsproduktion und damit wohl(!) auch einen geringeren Bedarf an Arbeitskräften." (ebenda) Jens Tschebull sagts noch deutlicher: "Wenn uns kein alles mitreißender internationaler Konjunkturaufschwung beschert sein sollte, müssen wir einer - auch deklarierten - Arbeitslosigkeit ins Auge blicken. Sie scheint Voraussetzung dafür zu sein, daß der Arbeitsmarkt in eine unangenehme, aber auch heilsame (!!!) und strukturbereinigende Bewegung kommt." ('Profil',29.Nov.1977)

Da ist alles enthalten,was für die Kapitalisten wichtig geworden ist. Und die SPÖ-Regierung hält sich haargenau an die Direktiven der 'Wirtschaft'.
Der Verbrauch von Gütern, die die Handelsbilanz belasten, wird eingeschränkt: Rücknahme von Zollbegünstigungen,'Luxussteuer'! Mussils und Sallingers Lohnsenkungsparolen treffen bei den Kienzls und Androsch' auf offene Ohren. Androsch 1977 über die 'kräftigen' Lohnerhöhungen von 1975: "Das ist sicherlich 1975 aus einer konjunkturellen Fehleinschätzung passiert, und das ist jetzt zu korrigieren." Das österreichische Kapital will nämlich "kostengünstiger an das Ausland liefern"!
Das 'Maßnahmenpaket' der SPÖ-Regierung senkt tatsächlich die Ausgaben und erhöht die Einnahmen des Staates. Die aktuelle Losung vom "geringeren Bedarf an Arbeitskräften" erwidert die Sozialdemokratie mit Kurzarbeit, 'Umschulungen' in der metallverarbeitenden Industrie,und anderswo mit brutalen Entlassungen nicht nur von ausländischen Arbeitern.

EINE IM GROSSEN UND GANZEN ZUFRIEDENE OPPOSITION

Über einen solchen Kurs sind sich alle - Regierung und Opposition - grundlegend einig. Nur "...die Sanierung des Staatshaushaltes wurde von der ÖVP-Spitze (Taus, Koren, Sallinger) als viel zu spät(!), unüberlegt und einseitig kritisiert." weiß das Bourgeoisblatt 'Die Presse' vom 6.Oktober zu berichten. Und noch deutlicher Koren selber: "Die Frage ist derzeit, ob wir einen Verzicht auf einen Restriktionskurs uns leisten können. Natürlich sollten wir in der derzeitigen Konjunkturlage nicht bremsen, aber die Defizite von Zahlungsbilanz und Budget zwingen einfach dazu."
"Natürlich" wollen die Kapitalisten 'an sich' neue Wachstumsrekorde und 'sozialen Frieden'. Doch der sich verschärfende Konkurrenzkampf "zwinge einfach dazu", Löhne zu beschneiden, Arbeiter zu entlassen. Die Defizite "zwingen einfach dazu" im Gesundheitssektor und im produktiven öffentlichen Dienst zu sparen.
"Die Regierung stehe vor dem Dilemma, gleichzeitig einander widersprechende Ziele - Vollbeschäftigung um jeden Preis und Restriktion - zu verfolgen." ('Die Presse' Koren wiederholend)
Gewiß, gewiß, ÖVP und SPÖ werden das Dilemma 'lösen'. Nicht umsonst nahm Kreisky den "relativ eher konservativ-liberalen" Staatssekretär Prof. Alois Nußbaumer auf, der"für Marktwirtschaft ist" und "bei voller Wahrung der Zuständigkeiten alle Ministerien zu koordinieren" gedenke - "in Wirtschaftsangelegenheiten" (Nußbaumer).

Die österreichische Arbeiterklasse hat gegenüber den neuen Belastungen noch nicht einmal einen Finger gerührt. Und schon eilen die 'Volksvertreter' zusammen und sorgen sich um das schöne Land. Dabei handelt es sich kaum um Mißtrauen, das ein Koren gegen das ökonomische Wissen eines Androsch hegt, wenn der ÖVP-Vize meint: "Das bedeutet, die Spannungen in unserer Gesellschaft werden sicher größer. Nun muß die Volkspartei besonnen und klug handeln. Aus eigener Kraft werden sie (die 'Sozialisten' -PR) die Krise nicht meistern können" - und sprach sodann von der "Notwendigkeit einer gewissen Zusammenarbeit der großen Kräfte des Landes." ('Presse', 8./9. Oktober 1977)

ÖVP - hinein in die Regierung! Als kapitalistischer Aufpasser und Regulierer, damit sich die SPÖ bei etwaig ausbrechenden Arbeiterkämpfen nicht zu sehr mitschieben läßt; und für die Sozialdemokratie als 'gute' Ausrede gegen echte Reformen und Arbeiterforderungen. Der Kienzl hat's ja schon begriffen!

Das Veto gegen die 'Sanierungsgesetze' hat die ÖVP (und die FPÖ) zwar eingelegt, aber es war nur ein aufschiebender Einspruch, sodaß die Angelegenheit vom Bundesrat in den Nationalrat zurückgewiesen wird. "Dort könne dann relativ rasch(!) ein Beharrungsbeschluß gefaßt werden, sodaß die Gesetze - wie geplant (!) - mit Jahresbeginn in Kraft treten können." (ebenda)
Alles andere - die Spitalsdebatte, bei der sich die ÖVP nicht gegen die Belastungen, sondern nur gegen das Kreisky'sche Verteilungsschema wendet; die Polemiken gegen Gassners Handheben im ÖGB für die SP-Budgetpolitik; Mocks Ereiferungen usw. - sind weit mehr Demagogie, um die Mittelklasse verstärkt an die 'Volkspartei' heranzuholen, als wirkliche Opposition und Zerrütteltheit der ÖVP. Ihre Schwierigkeiten sind bloß, der optimalen Monopolistenpolitik der SPÖ keine 'Alternative' entgegen setzen zu können, aber dies dem Kleinbürgertum nicht allzu sehr merken zu lassen.

IN KRAFT TRETEN WIRD SOMIT:

Eine Erhöhung der indirekten Steuern durch die Einführung der 'Luxussteuer' mit einem 30%igen Mehrwertsteuersatz. Dabei werden vorwiegend Waren des Massenkonsums und Importwaren verteuert. Ebenso werden die Unternehmer jene 2 Mrd. Schilling auf die Massen abwälzen, die die SPÖ-Regierung von der Neueinführung eines nicht zweckgebundenen Straßenverkehrs-Förderungsbeitrages erwartet. Weiters kürzt Androsch die Bundeszuschüsse zu den Pensionsversicherungen um 7,3 Mrd. Aufgefüllt sollen sie durch die Erhöhung der Pensionsversicherungsbeiträge und durch neue Belastungen des Familienausgleichfonds werden. Die Medikamentengebühr wird von 6 auf 15 Schilling erhöht.

Bei den Ausgaben sparen die 'Sozialisten' im Gesundheitswesen und im produktiven öffentlichen Dienst. Die gesamten Bundesinvestitionen werden nur im Ausmaß von 5,6% - von 45 auf 47,5 Mrd. - gesteigert. Die Investitionen bei der Bundesbahn erfahren sogar eine Kürzung um 206 Millionen (siehe unser Flugblatt zu den Eisenbahnerwahlen).
Die Investitionsförderung für Krankenanstalten beträgt wie 1973 bloß 250 Millionen Schilling und die Zweckzuschüsse des Bundes zu den Spitälern erhöhen sich lediglich um 160 Millionen.
Während hier gespart wird, erhält das kapitalistische Heer einen überdurchschnittlichen Zuschuß von 15,7% auf insgesamt 12 Mrd. Schilling!

Steigenden Einnahmen aus den indirekten- und der Lohnsteuer stehen einer Abnahme der Besitzsteuern gegenüber. Für 1978 sind brutto über 9 Mrd., mit der Umsatzsteuer somit 128 Mrd. Schilling geplant. Die zwölf wichtigsten Gewinn- und Besitzsteuern zusammen bringen jedoch bloß 44,5 Mrd. Trotz aller Phrasendrescherei wird an den Steuerprivilegien der Unternehmer nicht gerüttelt werden.
Das zweite Abgabenänderungsgesetz der Regierung stellt dafür keine ernste Belastung dar. Dem Kapital werden formal lediglich zusätzlich gewährte Steuererleichterungen entzogen: das 'Sozialkapital', bestehend aus Rücklagen für die Abfertigungen und freiwillig vereinbarten Betriebspensionen, soll nicht mehr wie bisher von der Steuer abgesetzt werden können, zudem es ohnehin als zinsloses Eigenkapital verwendet wurde und wird. Nur der doppelte Gewinn wird beschnitten.
Als zweites minderte die SPÖ-Regierung die Abschreibmöglichkeiten für betriebseigene Pkw's, was auch vorzeitig geschehen konnte, d.h, die Kapitalisten kauften lieber neue Luxuswagen, als das Geld zu versteuern.
Was dennoch an 'Belastung' übrigbleibt sollen die Unternehmer durch "noch nicht ausgeschöpfte Abschreibmöglichkeiten" wieder zurückholen - wie es SP-Wirtschaftsfachleute und die Zeitschrift 'trend' anraten. Wie auch immer, das Großkapital wird es sich weiter richten können!

EIN SEHR KURZLEBIGER 'KLASSENKAMPF'

Mit dem Abschluß der Abgabenänderungsdebatte - der Gesetzentwurf wurde von der Regierung teilweise wieder zurückgenommen - war der 'Klassenkampf' zwischen der SPÖ und ÖVP auch schon wieder zu Ende. Bemerkenswertestes Merkmal der 'Auseinandersetzungen', die im Sommer mit den Vorwürfen Kreiskys, die Unternehmer hinterzögen Steuern, begann, daß es dabei nur einen Verlierer gab: die ausgebeuteten Massen. Von Mallorca aus und später angesichts des 'Streiks' der Unternehmer gegen das Abgabenänderungsgesetz, spielte sich Kreisky und seine Partei als antikapitalistisch auf.
"Wir haben einmal ein echtes Budgetproblem,... Eine Ursache ist sicher, daß es in Österreich leider bei vielen Selbständigen Steuerverweigerungen gibt, was zu Milliardenverlusten führt. Diese Steuerhinterziehung hat in den letzten Jahren ungeheuer zugenommen." (Kreisky)
Das 'Maßnahmenpaket' war bereits konzipiert - ein Paket, das von vorne bis hinten eine Lastenverteilung zuungunsten der Massen darstellt - während der 'Vorsitzende' unzufriedene Arbeiter wieder mehr an die SPÖ zu binden versuchte. Die Tatsachen sprechen allerdings eine andere Sprache! Sang- und klanglos gerieten die Vorwürfe Kreiskys in Vergessenheit und heute müssen im alten Trott wieder die Löhne als 'Schuldige' an der Krise herhalten. Obwohl selbst der Rechnungshof in seinem letzten Bericht von 10,3 Mrd. Steuerschulden der Unternehmer bei Ende 1976

spricht. Doch unbeirrt lügen Sallinger und seine ÖVP weiter: Es seien "unbewiesene pauschale Verdächtigungen einer ganzen Bevölkerungsgruppe...", ohne die Österreichs Wirtschaft wohl besser funktionieren würde - meinen wir.

Bei beidem: Bei den Hinterziehungsvorwürfen und beim Abgabenänderungsgesetz trifft die SPÖ nicht das Großkapital. Es wird weiter ungehindert profitieren - im Gegensatz zu Kleinkapitalisten und den kleinbürgerlichen Produzenten. Der ÖVP war das eigentlich nicht so unangenehm. Ohne daß den 'Großen' auch nur ein Härchen gekrümmt worden wäre, hatte sie Gelegenheit die Mittelklasse für sich einzunehmen. Perspektive: Große Koaltion!

KRISEN IN DER TEXTIL- UND STAHLBRANCHE

Die 'Insel der Seligen' ist voll in den Weltkapitalismus integriert. Die internationalen Absatzkrisen in der Textilbranche und im Stahlsektor machen vor Österreichs Grenzen nicht Halt. Bis Juli 1977 verzeichnete die Textilbourgeoisie noch Produktionssteigerungen von 8,8% und Exportquoten von rund 50% (das waren plus 11,7% gegenüber dem Vorjahr). Doch im August "riß die positive Entwicklung ab." ('Presse', 8./9.Oktober 1977), was heißen soll, hielten die Profite nicht mehr das, was erwartet wurde. "Seit dem Sommer ist die Auftragslage so trist wie im Krisenjahr 1975." greinen die Generaldirektoren und legen Webstühle still, drohen und entlassen - bei Pottendorfer, bei Hämmerle ua Zur 'Schwächezone' erklärt, wandert das Kapital aus dem Textilbereich ab, um sich um profitablere Anlagemöglichkeiten umzusehen. Übrig bleiben die nicht so 'mobilen' Arbeiter!

Ab 1977 schlägt auch das Herz der kapitalistischen Produktion, die Stahlbranche, weltweit erheblich langsamer. Die internationale Stahlkrise widerspiegelt aufs Neue den ganzen Widersinn der kapitalistischen Produktionsweise.
Japans Rohstahlerzeugung beanspruchte Ende 1976 35%(!) des gesamten Weltmarktes; das waren 37 Millionen Tonnen. 1969 waren es über 15 Millionen(!). Sein Produktivitätsvorteil gegenüber dem Durchschnitt der US-Wirtschaft soll 60% betragen. Hinzu kommt die Expansion der Stahlproduktion in einer Reihe von halbkolonialen Ländern, wie Brasilien, Venezuela,Iran ua. - eine Folge des verstärkten Kapitalexports, zB. der deutschen Stahlindustrie, um die Krupp-, Thyssen- oder Mannesmann-Profite zu sichern. Heute gibt es im internationalen Stahlsektor riesige Überkapazitäten und einen verschärften Konkurrenzkampf. Der Kapitalismus hat seine Grundlagen nicht verändert. Trotz aller 'Planungen' und allem Management stehen sich heute in der Stahlbranche gewaltige Konzerne gegenüber, die für einen überforderten Weltmarkt produzieren. Ungeheure Werte pumpt die Bourgeoisie in ihre Produktion. Riesenstahlwerke, 14 Meter breite Hochöfen mit 16 Millionen Tonnen Jahresproduktion werden in Bewegung gesetzt ... um profitabel zu sein ... und um in dieser anarchischen Produktionsweise eventuell wieder stillgelegt zu werden. 40% der bundesdeutschen Hochöfen, 39% der Stahlwerke, 48% der Walzwerke stehen heute still!
Mit allen Mitteln versuchen die deutschen Stahlkapitalisten ihren Produktivitätsnachteil, vor allem gegenüber Japan, aufzuholen.
"Auch die jetzt einsetzenden und noch erheblich verschärften Rationalisierungsanstrengungen werden die Arbeitsproduktivität (Wertzusammensetzung des Kapitals) nicht der japanischen Stahlindustrie angleichen können. Nicht Unterschiede im Lohnniveau sind ausschlaggebend, sondern die in den letzten Jahren stark verbesserte Technologie und veränderte Rohstoffversorgung ... Noch schlechter sieht es bei den anderen Hauptstahlproduzenten der EG (Frankreich, Italien, Großbritannien, Belgien, Luxemburg) aus ...Nur dank massiver staatlicher Subventionen (angesichts der nächsten Wahlen) konnte die Stahlindustrie (Frankreichs -PR) dem totalen Bankrott entgehen ... In Großbritannien und Italien können die staatlichen Konzerne nur durch Milliardensubventionen noch über Wasser gehalten werden." ('spartacus', Oktober 1977)

Wie heißt es doch so schön? 'Wachstumsschwächen' haben sich eingeschlichen. Und die bundesdeutsche Regierung schwenkt heute offensichtlich auf einen verstärkten Subventionskurs um. Bourgeoisiesprecher Poullain darauf: "In einer Periode der Wachstumsschwäche mit mangelhaft ausgenutzten Kapazitäten lösen solche Anreize kaum neue Investitionsimpulse aus." - wo noch dazu, so "barbarisch es klingt", ein "Sockel von Arbeitslosen" nicht unangenehm ist: Bis zu 50 000 Entlassungen werden es in der deutschen Stahlbranche in der nächsten Zeit sein!
Die Konzernherren riechen eben keine Profitsteigerungen. Nehmen werden sie die Subventionen trotzdem und noch mehr verlangen - um zu rationalisieren und Arbeitsplätze 'einzusparen'!

VOEST UND VEW

Mit dem Einbruch der internationalen Stahlkrise wollen auch in Österreichs Branche die Drohungen um Rationalisierungsmaßnahmen und Kurzarbeit nicht verstummen. VOEST und VEW (Vereinigte Edelstahlwerke) hätten rund 800 Millionen Schilling Verlust und die Vorstände rufen zu "drastischen Maßnahmen" auf: Senkungen der 'Personalkosten' 'Umschulungen', Kurzarbeit. Man hört es auch hier: Österreichs Grundstoff- und Halbfertigungsproduktion seien zu 'überdimensioniert'. Frühere Vorteile (Rohstoffreichtum, Marktpreise usw.) sind verloren gegangen, neue Technologien beherrschen den internationalen Konkurrenzkampf. Staat-



DAS GESTÄNDNIS

"WENN ALLENDE ERMORDET WORDEN IST, SIND ENSSLIN, BAADER UND RASPE EBENFALLS ERMORDET WORDEN. DER WAHRHEITSGEHALT IST DER GLEICHE".

F. J. STRAUSS

liches und privates Kapital beginnen zu rationalisieren, umzustellen, den Profiten nachzujagen.

Diesen Plänen müssen die Interessen der Arbeiter entgegengestellt werden. In einer Zeit der verstärkten Massenbelastungen sollen sie Lohnkürzungen in Kauf nehmen und ihren Lebensstandard einschränken. Die Stahlkapitalisten aller imperialistischen Länder haben sich in den Boomjahren 1972/73/74 'krumm' verdient und mit ihrer Wirtschaftspolitik die Stahlbranche in den folgenden Jahren in die Krise gestürzt. Heute wollen sie den Fall der Profitrate aufhalten, wollen die produktiveren Konzerne ihre Surplusprofite verteidigen und die schwächeren Fraktionen den Bankrott verhindern. Die österreichischen staats- und privatkapitalistischen Stahlbetriebe sind in dieses internationale Profitsystem voll eingeschlossen. Letztlich funktionieren sie, das zeigt sich in den letzten Monaten überdeutlich, nach der gleichen Profitlogik: Vollbeschäftigung bei gleichzeitigem Druck auf die Löhne in den 'fetten' Jahren; heute Kurzarbeit und morgen Arbeitslosigkeit. Die schwächere Konkurrenzlage der österreichischen Konzerne darf dabei für die Arbeiter kein Argument sein. Zum einen haben sie keinerlei Einblick in die wirkliche Finanz- und Auftragslage der Unternehmen und zum anderen waren es die Konzernleitungen, die die jetzige mißliche Lage herbei geführt haben. Dabei geht es nicht um das Anliegen der Kapitalisten, dem in der bürgerlichen Presse heute ein so breiter Raum gewidmet wird. Nein, es geht um den Lebensstandard der Arbeiter und Arbeiterinnen, ihre Familien, es geht schließlich darum, das Proletariat, proletarische Schichten vor, Demoralisierung und Verelendung zu bewahren!

Heute ist es die österreichische Sozialdemokratie selber, die ihrem gestrigen Anspruch, die Vollbeschäftigung zu erhalten, einen Fetzen nach dem anderen herunter reißt. Heute ist sie in der Regierung und in den obersten Gremien der Verstaatlichten daran, für die Arbeiter und Angestellten Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit vorzubereiten. "Kurzarbeit", sagt sie, "um Arbeitslosigkeit zu vermeiden." Freilich, in Österreich sind es nicht Hunderttausende , in den betroffenen Betrieben werden noch nicht Hunderte von einem Tag auf den anderen hinaus geschmissen. Jedoch, und das sollte jedem Arbeiter klar sein, ist die Einführung der Kurzarbeit einmal gelungen, fällt es der Unternehmerschaft viel leichter zur Arbeitslosigkeit überzugehen, wenn sich dies für sie als profitabler herausstellt. Und bei wie vielen Betrieben hat die SP-Mehrheit in der Gewerkschaft, haben Betriebsräte und hat schließlich die SP-Regierung Entlassungen veranlaßt, mitinitiiert, toleriert, nichts dagegen getan?! Puch, Swarowski, Schmidtwerke, Neuner usw.. SP-Betriebsräte erfüllen dabei ihre "Pflicht", wie etwa in den VEW, Betriebsratobmann Lindauf, der "seiner Mitverantwortung in der Zeit der Krise gerecht werden" will ('Presse', 18.10.77) und der Kurzarbeit und den Entlassungen im Angestelltensektor zugestimmt hat.

ALTE KAPITALISTISCHE ZOLLPOLITIK

Die 'sozialistische' Regierung demaskiert sich als Verwalter des österreichischen Kapitalismus - ein guter Verwalter, wie ihr sogar Sallinger & Co zwischendurch bescheinigen. Ihr Geschwafel eines geeinten sozialistischen Europas ist genau so inhaltsleer wie das von der Vollbeschäftigung. Ganz in der imperialistischen Tradition unterwirft sie sich den Spielregeln der kapitalistischen Konkurrenz. Ab 1. November wurden die Zollbegünstigungen für Importwaren aus jenen Ländern zurück genommen, die nicht der EWG und EFTA angehören. Androsch 'schützt' dabei die Textilindustrie und die Landwirtschaft vor der Flut 'billiger, exotischer', japanischer usw. Produkte. Ein Aspekt der 'Luxussteuer' zielt ebenfalls in diese Richtung. Bezahlen werden es jedenfalls wieder die Massen - nach dem Motto: Kauft teurere österreichische 'Qualität'!

Der von vornherein auf tönernen Füßen aufgebauten 'Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft' versetzt die Krise einen Schlag nach dem anderen. Die Verschärfung der internationalen Konkurrenz zwingt vor allem die schwächeren imperialistischen Länder zu protektionistischen Maßnahmen. Die Regierungen drohen lauthals mit Importbeschränkungen; flexible Wechselkurse werden immer offener für Konkurrenzvorteile verwendet - von einer 'Europäischen Währungsunion' ist schon lange keine Rede mehr. Nach der Lire, dem Pfund und dem französischen Franc scherte im August auch die schwedische Krone und mit ihr gleich die Währungen der Dänen und Norweger aus der 'Euro-Schlange' aus.

Im Stahlgigantenkampf arbeiten alle Beteiligten wie selbstverständlich mit Zollerhöhungen, Importregulierungen, Anti-Dumping-Maßnahmen. Gerade die Krise in der US-Branche hat unmittelbare Auswirkungen auf die österreichische Metallindustrie. Bisher deutlichster Ausdruck davon, ist die geplante Stillegung des VOEST-LD-Werkes I. Schon im September forderten die großen amerikanischen Konzerne, unterstützt von der AFL/CIO Gewerkschaftsbürokratie,drastische Zollerhöhungen und Importkontigierungen gegenüber japanischen und westeuropäischen Produkten, "...eine Maßnahme, die Österreichs Exporte stark treffen würde." ('Volksstimme', 11.Nov.1977)

Eine Alternative namens KPÖ

Die Antworten der KPÖ sind dann folgende, beinahe jeder 'Volksstimme', jedem 'Weg und Ziel' sind sie zu entnehmen:

Wesentliche Ursache der hiesigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, besonders in der Eisen- und Stahlindustrie, sei die "einseitige Orientierung auf die EG, die den zunehmenden Konkurrenzdruck der multinationalen Konzerne auf den österreichischen Markt erleichtert." ('Österreich-Information', Nr.7, Nov.1977) Deswegen das hohe Außenhandelsdefizit, womit "Schluß gemacht werden muß". "Wir treten für eine eigenständige, den nationalen Interessen (?) Österreichs, der Sicherung und Festigung der immerwährenden Neutralität(!) und Unabhängigkeit(!) Österreichs dienenden Wirtschaftspolitik ein."(ebenda) Diese bestünde 1) in einer Loslösung von der EWG, 2) einer Zuwendung zum angeblich krisenfreien 'sozialistischen Block' und 3) als 'konkrete' Alternative, im Ausbau der Finalindustrie,"insbesondere die Erzeugung solcher Produkte, die wir (!) gegenwärtig aus dem EG-Raum importieren."(Muhri auf der Bezirkskonferenz der KPÖ in Linz) Desweiteren fordert die KPÖ, daß "Eisen- und Stahlmaterialien von den österreichischen Betrieben bezogen und daß wirksame Schutzmaßnahmen vor der Konkurrenz der EG-Monopole ergriffen werden. Das geplante 'Einfuhrscheinverfahren' stellt keine ausreichende Schutzmaßnahme(!) dar." ('Volksstimme', 18. November 1977)

Wir bezeichnen dieses Wirtschaftskonzept der KPÖ als Österreich-imperialistisch, dessen Inhalt einerseits einen einzigen Appell an die österreichische Bourgeoisie darstellt, doch eine 'krisenfestere' Wirtschaftspolitik zu betreiben und gerade deswegen völlig unfähig ist, eine Alternative für die Herrschenden darzustellen. Was übrigbleibt, ist ein schändliches Ablenken der ausgebeuteten Massen von ihren eigenständigen Interessen - unabhängig vom Wohl "unserer Wirtschaft". Was soll es anderes bedeuten, als die Interessen der Arbeiter an die der Kapitalisten zu ketten, wenn die "Durchsetzung einer solchen Neuorientierung in der Wirtschaftspolitik... nur im gemeinsamen Kampf der Arbeiter und Angestellten..." möglich ist? Das Proletariat soll sich für die Konkurrenzfähigkeit des österreichischen Imperialismus schlagen!

KPÖ ÜBER SCHUTZZÖLLE

Am krassesten kommt ihr imperialistischer Nationalismus in der Frage der Schutzzölle und der internationalen Verflechtung zum Ausdruck. Während die KPÖ die Anti-Dumping-Maßnahmen der US-Regierung scharf kritisiert - wenn sie etwa das Los der Firma Plasser & Theurer beklagt, als die US-Welthandelskommission deren Exporte mit einem 'Ausgleichszoll' belegt - tritt sie in Österreich für größere Zollbeschränkungen ein. (siehe oben) In vieler Erinnerung ist ja auch noch das Gejammer der Kalt's in der 'Volksstimme' über die allzu billigen Textilprodukte aus Übersee auf Österreichs Ladentischen, die die Pottendorfer, Hämmerle u.a. angeblich ruinieren. Auch ins neueröffnete Schweizer Kaufhaus auf der Mariahilferstraße gehören mehr österreichische 'Qualitätswaren'! Diese 'Neuorientierung' der KPÖ würde den Arbeiterfamilien jedoch einige Schillinge mehr aus den Taschen ziehen.

Daß solches, hunderten im Globus-Verlag gedruckten 'Alternativ'-Artikeln über Massenkaufkraft und 'Luxussteuer' widerspricht, kümmert dort scheinbar niemanden.

Noch weniger stört sie der eklatante Widerspruch zu allen Ausführungen Lenins oder Rosa Luxemburgs über den Imperialismus. Die marxistische Erkenntnis von der Rückschrittlichkeit aller Schutzzölle im imperialistischen Zeitalter ist für sie bedeutungslos. Gewaltige Produktivkräfte sollen durch enge nationale Grenzen, Produktivkräfte, die für den Weltmarkt produzieren durch die - vom Standpunkt des Sozialismus - engstirnige Konkurrenzpolitik der kapitalistischen Regierungen beschränkt werden.

"Daher der allgemeine Drang der kapitalistischen Länder, sich voneinander durch Schutzzölle abzusperren, obwohl sie zugleich füreinander in immer höherem Maße Warenabnehmer, aufeinander bei der Erneuerung ihrer sachlichen Reproduktionsbedingungen immer mehr angewiesen sind und obwohl die Schutzzölle heute, vom Standpunkt der technischen Entwicklung der Produktivkräfte, völlig entbehrlich geworden sind, ja vielfach umgekehrt zur künstlichen Konservierung veralteter Produktionsweisen führen!" (Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals, Ges. Werke/5, Ökonomische Schriften)

Die Regierungen gehen dabei keineswegs konsequent vor. Wissen sie doch allzu genau, wie stark die gegenseitige Abhängigkeit aller imperialistischen Länder voneinander bereits angewachsen ist. Eine tiefe internationale Depression wäre die Folge jeder ernsthaften Schutzzollpolitik eines der wichtigsten Staaten. Deswegen

die allgemeine Unsicherheit im Setzen protektionistischer Maßnahmen, selbst in den letzten Rezessionsjahren.

Dennoch können neue Handelskriege und offene Konkurrenzkämpfe nicht ausbleiben.

Die Manager der multinationalen Konzerne sind dabei 'progressiver' als die 'Kommunisten' der KPÖ. Schutzzölle umgehen sie mit wachsenden Kapitalexporten, internationalen Kooperationsabkommen usw. Diese Tendenzen zur Konzentration und Zentralisation des Kapitals, zu internationalen Kartellen usw. gehen jedoch mit genau so gewaltigen, immer wiederkehrenden Ausbrüchen von Konkurrenzkämpfen zwischen den Konzernen einher - wenn es einer 'Bereinigung' der Überkapazitäten bedarf, neue Kräfteverhältnisse entstehen usw. Eindrucksvolles Beispiel dafür waren die Vorgänge um das europäische Stahlkartell. Die westdeutschen Stahlkonzerne nahmen schließlich zwar die französischen und belgischen Stahlproduzenten in das europäische Stahlkartell auf, die schwedischen und britischen Stahlunternehmen blieben aber ausgeschlossen. Und auch in diesem Rahmen kriselt es weiter. Die tiefgehende Rezession läßt die 'Schwachen' (Frankreich, Belgien) Zölle errichten, Mindestpreise festsetzen usw., die 'Starken' opponieren dagegen.

Für die westdeutsche Regierung käme nur "eine marktwirtschaftliche Lösung der konjunkturellen und strukturellen Probleme in Frage." (FAZ, 4. 5. 1977)

Während Klöckner, Krupp und Peine/Salzgitter zu fusionieren gedenken - damit wären sie nach Thyssen der größte Stahlkonzern in Europa - bereiten sie noch gewaltigere Konkurrenzkämpfe vor.
Die KPÖ steht dabei auf seiten der 'Schwächeren' - in ihrem Falle, auf der Seite der österreichischen Stahlproduzenten. Günstig vielleicht für das österreichische Kapital - mit dem Kampf für den Sozialismus hat das jedoch nichts mehr zu tun.
Ganz im Sinne der Profitgelüste der österreichischen Großbanken setzt sie zu ihrem sattsam bekannten Wirtschaftskonzept noch die Forderung hinzu, die Profitschwierigkeiten der Kapitalisten durch "Wirtschaftsbeziehungen zu den Entwicklungsländern im Interesse der Erhaltung österreichischer Arbeitsplätze auszubauen." (Hans Kalt, Man redet wieder von Krise, 'Weg und Ziel' 10/1977)
All die Ergebnisse marxistischer Analysen über die Konsequenzen, wenn imperialistische Länder "Wirtschaftsbeziehungen" zu kolonialen oder halbkolonialen Ländern "ausbauen", verschwinden hier unter dem Tisch: Ungleicher Tausch, Beherrschung des Binnenmarktes der halbkolonialen und kolonialen Länder durch die multinationalen Konzerne; das Interesse der imperialistischen Bourgeoisie am niedrigen Lohnniveau und an 'sozialem Frieden' und daher auch an Arbeitslosigkeit, Elend und offenen Diktaturen. Österreichs Finanzkapital ist da 'dick' drinnen - gemeinsam mit ausländischen Multibanken beutet der österreichische Imperialismus 'unterentwickelte' Länder aus!

KPÖ ÜBER DEN MONOPOLKAPITALISMUS

Österreich müsse "gegenüber der EWG seine wirtschaftliche Unabhängigkeit (!) wiedergewinnen (?)", dreht Hans Kalt weiter das Rad der Geschichte zurück. Der internationalen Kapitalverflechtung des österreichischen Bankenwesens wird so eine 'unabhängige', zB. Länderbank oder Creditanstalt gegenüber gestellt. Kreisky und Goess-Saurau (Mayr-Melnhof-Konzern) oder Mayr Gunthof (Textilbranche, Schoeller-Konzern) - beide, Aktionäre der CA, hätten da sicherlich einiges dagegen, ihre Beziehungen zum internationalen Finanzkapital abzureißen. Die Eingliederung der Creditanstalt in die EBIC-Gruppe mit holländischen, italienischen, deutschen ua. Banken ist Bestandteil der imperialistischen Profitstrategie, wobei Kommunisten keineswegs die Seite der schwächeren Kapitalfraktionen oder gar die der nationalbegrenzten Wirtschaftspolitik einnehmen können.
Im niedergehenden Kapitalismus drängt das Kapital nach Konzentration und Zentralisation. Die Gewalt über die Produktivkräfte vereinigt sich immer mehr in den Händen einiger weniger Kapitalgruppen. Über alle nationalen Grenzen hinaus bilden sich Mammutkartelle, Trusts und Syndikate, die alle wichtigen Rohstoffquellen, den Transport, die Verteilung, dh. den Weltmarkt beherrschen. Das internationale Finanzkapital verfügt über ein weitverzweigtes und dichtes Netz von Beziehungen und Verbindungen. Es unterwirft sich auch die schwächeren Kapitalisten, während in den eigenen Reihen der Kampf zwischen den nationalstaatlichen Finanzgruppen um die Aufteilung der Welt und die Herrschaft um die Märkte anderer Länder verschärft weitergeht - "...all dies führt zum geschlossenen Übergang aller besitzenden Klassen auf die Seite des Imperialismus."(Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus)
Die KPÖ hingegen ist endgültig bei Kautsky und Hobson angelangt. Dem internationalen Imperialismus stellt sie eine 'antimonopolistische Demokratie' gegenüber - einen 'Kapitalismus' ohne Monopole, dh. die freie Konkurrenz. Das ist eine einzige reaktionäre Utopie! In Wirklichkeit aber verteidigt sie ja den österreichischen Imperialismus gegen die deutschen, französischen oder amerikanischen Finanzoligarchen, als wäre es den österreichischen Arbeitern lieber von der einheimischen Bourgeoisie ausgebeutet zu werden, als wären diese humaner als die Ausländer.

"Es ist Sache der Bourgeosie, Trusts zu entfalten, Kinder und Frauen in die Fabriken zu jagen, sie dort zu ruinieren und zu schinden, und sie zur äußersten Not zu verurteilen. Wir 'fordern' eine solche Entwicklung nicht, wir 'unterstützen' sie nicht, sondern wir kämpfen dagegen. Aber wie kämpfen wir? Wir wissen, daß Trusts (!) und Fabrikarbeit der Frauen ein Fortschritt sind (!). Wir wollen nicht rückwärts schreiten, zum Handwerk, zum Kapitalismus ohne Monopolstellung(!), zur Heimarbeit der Frauen zurück. Vorwärts durch die Trusts (!) und anderes, und über sie hinaus zum Sozialismus!" (Lenin, Über die Losung der 'Abrüstung', in 'Gegen den Strom')

DIE KPÖ ZUR LOHNFRAGE

Ebenfalls nichts Neues bieten uns die österreichischen 'Kommunisten' zur Lohnfrage an. Schon Hobson berief sich auf die Notwendigkeit "die Konsumtionsfähigkeit der Bevölkerung zu heben" ('Imperialismus'). Und die KPÖ: "Die Politik der Belastungen aber bremst die Massenkaufkraft, dadurch auch das Wirtschaftswachstum. Gerade in einer Situation der rückläufigen Wirtschaftsentwicklung stellt eine Steigerung der Massenkaufkraft durch eine aktive Lohn- und Sozialpolitik, durch eine demokratische(!) Steuerreform, auch einen Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze dar." ('Österreich-Information' 7/ Nov.77)
Allein Marxens 'Lohn, Preis, Profit' würde genügen, diesen reformistischen Stumpfsinn zu widerlegen. Lenin hielt Hobson die Tatsache entgegen, daß Kapitalismus herrscht. Für die KPÖ aber existieren dessen Widersprüche nicht. Als gäbe es keine Unternehmer, die Löhne und Gehälter abbauen, Arbeiter und Angestellte entlassen, um konkurrenzfähig zu bleiben und um den tendenziellen Fall der Profitrate aufzuhalten. Freilich wünscht jeder Kapitalist größere Massenkaufkraft. Doch als letzter würde er selber den von ihm ausgebeuteten Arbeitern höhere Löhne ausbezahlen.
Dem kapitalistischen Staat hilft die KPÖ auch nicht über sein Dilemma hinweg: Auf der einen Seite das Zahlungsbilanzdefizit aufzuheben und zur gleichen Zeit die Wirtschaft anzukurbeln - mit den Maßnahmen gegen die Defizite die Geldmasse zu verringern und zu 'sparen', mit einem solchen deflationistischen Kurs indes steigende Arbeitslosigkeit zu produzieren und den Aufschwung im Keime zu ersticken.
Oder, die kapitalistische Regierung verzichtet auf anti-zyklische Maßnahmen, um den Aufschwung nicht zu gefährden, was zu verschärfter Inflation führt, womit sie schließlich erst recht wieder gezwungen ist stärkere restriktive Schritte in Richtung neuer Rezessionen zu setzen.
Weder Inflation noch Arbeitslosigkeit, weder Staatshaushaltsdefizite noch Deflation sind für die Massen akzeptable Lösungen. Beim einen wie beim anderen kommen sie zum 'Handkuß'. Es ist keine dumme Bourgeosie, die die Massenkaufkraft senkt. Es ist die kapitalistische Produktionsweise, die den Profitierenden dieser Gesellschaft letztlich nur den Lohnraub, die Arbeitslosigkeit, Polizeiwillkür und Militäreinsatz, den Krieg übriglassen. Offenster Zynismus ist es, wenn der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Michael K. Evans über die Perspektiven seiner prognostizierten "tiefen Depression in zwei oder drei Jahren" meint: "Solch eine Depression könnte womöglich noch länger als die letzte Depression in den dreißiger Jahren dauern, weil wir in diesem Zeitalter atomarer Kriegführung nicht erwarten können, daß der Aufschwung noch einmal von einem Krieg herbeigeführt wird." Auch ein Hiroshima hat es gegeben ...

Hier ist ihre Logik. Da ist die der ausgebeuteten Massen - die gegen die kapitalistischen Bedrohungen angewendet werden muß. Kampf um die Löhne, gegen die Arbeitslosigkeit, gegen den kapitalistischen Wirtschafts- und Gewaltapparat um die proletarische Macht! - und nicht, um die kapitalistische Wirtschaft wieder anzuheizen.

Der 'Kampf' der KPÖ gegen die Krise und gegen das 'Maßnahmenpaket' der SPÖ-Regierung ist bereits von vornherein an Armen und Beinen amputiert. Er unterscheidet sich in seinen tatsächlichen Konsequenzen kaum von dem, was man sich in der sozialdemokratischen Partei ohnehin hinter vorgehaltener Hand erzählt. Gegen Mussils und Sallingers Reallohnraubhechelei - etwas mehr als die 'Benya-Formel'. Für eine 'demokratische' Steuerreform jetzt - und nicht erst 1980, wie es Androsch will. Senile Unterschriftenaktionen und eine schwächliche Demonstration am 24. November. Die KPÖ nützt ihren Einfluß in den Betrieben nicht aus. Gegen Reallohnraub hält sie Reden, sammelt sie Unterschriften. Die KP-Betriebsräte des 'Linksblocks' sagen in den Belegschaftsversammlungen nichts anderes als das, was täglich bis zum Kotzen in der 'Volksstimme' steht: "Impulse für Österreichs Wirtschaft durch Schaffen von Massenkaufkraft und Osthandel."
Bei letzterem sind es wieder nur Antibiotika, die sie dem verseuchten österreichischen Kapitalismus verschreibt. Mehr Profite für die Kapitalisten, in dem Glauben, daß diese damit Arbeitsplätze erhalten werden. Sie werden sich einen Teufel darum scheren und ihr Kapital für Rationalisierungen verwenden, modernere Maschinen, neue Antreibermethoden uä. auf Kosten der Arbeiter einführen,oder es einfach in

'billigere' Länder verschieben.
Krisenfrei durch Osthandel, lautet die Parole der KPÖ. Die Abermillionen von Arbeitslosen, die riesigen stillgelegten Produktionskapazitäten usw. werden damit kaum zu beseitigen sein. Den Märchen von den, durch den Osthandel erhaltenen 150 000 österreichischen Arbeitsplätzen, von den 'krisenfesten sozialistischen Ländern' usw. muß entschieden widersprochen werden. Eine Analyse des Osthandels, sein Einfluß auf den österreichischen Kapitalismus, die Einbeziehung der Arbeiterstaaten in die Weltwirtschaft, die Art der Wirtschaftskrisen in den Arbeiterstaaten ua. würde jedoch den Rahmen dieser Arbeit sprengen.



Die anhaltende Angespanntheit im internationalen Stahlsektor zeigt symptomatisch die Hartnäckigkeitder jetzigen Rezession. Lösungen der Bourgeoisie liegen heute in einer weiteren Konzentration des Kapitals und Zentralisation der Produktion. Betriebszusammenlegungen, Abbau 'unrationeller' Produktionsbereiche, Bereinigung von 'Strukturkrisen', Produktivitätssteigerungen durch Modernisierung der Produktionsmittel, Arbeitsintensivierung usw. werfen noch mehr Arbeiter auf die Straße.
Zugleich wünscht das Kapital,die Löhne zu beschneiden.
Im wesentlichen istdas auch die Linie des österreichischen Kapitalismus. Bei der VOEST gibt es auf der Grundlage der vollzogenen 'Stahllösung' dazu aktive Vorbereitungen. Auch hier geht die Sozialdemokratie von früheren Ansprüchen ab, wenigstens in der Verstaatlichten Entlassungen zu vermeiden. Von 1973 bis 1976 haben die Privatkapitalisten sowieso fast 9% der Belegschaften abgebaut.

Die Lügen und Fälschungen der Wirtschaftskammer und des ÖVP-Wirtschaftsbundes haben in den letzten Wochen einsame Höhen erklommen. Heute sprechen sie nicht nur mehr von Bruttolohnerhöhungen unter der Teuerungsrate, sondern lehnen bereits jede Erhöhung überhaupt ab.
Auf der staatlichen Seite setzen sie ebenfalls zum Angriff an. Der restriktive Wirtschaftskurs der SPÖ versucht die Inflation niedrig zu halten, wodurch sie aber unter verstärkten Druck kommen wird, die Vollbeschäftigungspolitik aufzugeben. Alle internationalen Erfahrungen der letzten Jahre beweisen - Deutschland, England - daß die Sozialdemokratie kein geeignetes Mittel gegen die Arbeitslosigkeit ist. Genauso wie Schmidt und Brandt phrasendreschend Arbeitslosenpolitik betrieben haben - auf ihrem letzten Parteitag dominierte ja überhaupt nur mehr die Hetze gegen den 'Terrorismus' - werden sich die Kreisky und Androsch in die gleiche Rolle hineinleben.

Ihre Hartwährungspolitik dürfte ebenfalls ins Schwanken kommen, wenn sich für die österreichische Bourgeoisie eine weitere Verschärfung der internationalen Konkurrenz ergibt. "Wir bleiben beim Hartwährungskurs, machen aber den eventuellen Höhenflug der DM nicht mit." (Kreisky, Ende November 77). Das deutet schon an, daß es Probleme gibt.Eine Abwertung des Schillings würde zwar die Exportstärke der Kapitalisten verbessern, dem immens importabhängigen österreichischen Imperialismus allerdings einen neuen Inflationsschub bescheren. Androsch's 'Inflationsbekämpfung' wäre kein schönes Ende beschieden.

Österreichs Reserven von 1974-75 sind 1977 verbraucht. Es wird verstärkt von den wirtschaftlichen Impulsen aus den USA und dem EWG-Raum abhängig sein. Das jetzige Verhältnis zur EWG ist aber mehr durch deren Konkurrenzdruck geprägt als durch wiederbelebende Elemente. Die 'Schrittmacher' USA und BRD warten noch auf den 'großen' Aufschwung. Kommt er tatsächlich - was nur in einem sehr bescheidenen Ausmaß vorstellbar ist: siehe die weiter steigende Massenarbeitslosigkeit und die stark überschüssigen Produktionskapazitäten - wären es in erster Linie sie, die davon profitieren. Ähnlich wie 1975 bräche die Belebung gerade in den schwächeren imperialistischen Ländern zuerst zusammen; wie damals in Frankreich und den Benelux-Staaten. Dazu würde zweifellos auch Österreich gehören.

Vor der österreichischen Arbeiterklasse wird in den nächsten Monaten verstärkt das Problem stehen, ihren Lebensstandard gegen die Angriffe der Kapitalisten und der SPÖ-Regierung zu verteidigen. Die letzten Lohn- und Gehaltsverhandlungen bei den Versicherungs- und Handelsangestellten vermitteln dazu einen Vorgeschmack. Die Unternehmer bringen zynischniedrige Angebote, die Gewerkschaftsbürokratie 'begehrt auf','droht' mit Streik, wird abwürgen und kapitulieren. Alles wie gehabt.

Zur gleichen Zeit verschlechtern sich die Lebensbedingungen der kleinbürgerlichen Massen auf dem Land. Die Sozialdemokratie muß sie in der gegenwärtigen Situation notgedrungen nach rechts schieben - verstärkt in die Hände der ÖVP.

Hier hat die extreme Linke noch weniger Zutritt zu den Massen. Revolutionäre Antworten auf die Situation der armen Bauern werden kaum das Ohr der österreichischen Bauernschaft erreichen. In kleinbürgerlichen Bewegungen gegen konkrete Bedrohungen durch den Monopolkapitalismus - in Österreich vor allem die Anti-AKW-Bewegung - vermag sie nur dadurch ihr 'Umfeld' zu erweitern, indem sie sich opportunistisch selbst an das reaktionäre Milieu anpaßt.

Alle Gruppierungen, die hier wenigstens reale Probleme des Klassenkampfes aufgreifen (Kampf gegen die gesamte Energiepolitik der Bourgeoisie, Kampf gegen Arbeitslosigkeit usw.) bleiben vorerst isoliert.

Die Hauptaufgaben der extremen Linken müssen gerade heute sein, sich auf die Arbeiterklasse zu konzentrieren und sich kontinuierlich dem Druck der Arbeiterschaft auszusetzen.

November 1977

Verteidigt R. Pitsch!

Auch Österreich soll seinen Andreas Baader haben. So hat es die Hetz-Presse beschlossen und sie schreitet diensteifrig ans Werk. Auserkoren den 'Jugendverführer', vor dem die 'linken Studenten' Angst haben, abzugeben, wurde Reinhard Pitsch,Mitglied der APG.

Der Verfasser dieser Zeilen kennt den Genossen Pitsch nur schon einige Jahre und es gab in dieser Zeit eigentlich keinen Moment, wo er mit dem Genossen in allen anstehenden politischen Fragen übereinstimmte. Heute aber, wo Pitsch auf zwei Ebenen erledigt werden soll - einerseits durch die Propaganda, die linken Studenten haben Angst vor ihm und durch Plauderein und Lügen und andererseits durch den Staatsapparat, sein angebliches Geständnis usw.- ist es notwendig und eine Pflicht den Genossen zu verteidigen.

Wer seiner Person gerecht werden will, muß zunächst in groben Umrissen seine politische Entwicklung kennen. Pitsch war als junger Schüler Mitglied einer 'Österreichischen Sektion der IV.Internationale', deren politischer und organisatorischer Zustand jeder Beschreibung spottet. Durch den 'tiefen Entrismus' in die SPÖ zum Bankrott getrieben, scherte sich kein Mandel um diesen letzten Rest an österreichischen 'Trotzkisten', die oft nicht einmal über das geringste politische Rüstzeug verfügten. Von einer - wenn auch kleinen - marxistischen Organisation konnte da nicht im mindesten die Rede sein. Der 'tiefe Entrismus' in die Sozialdemokratie und den Stalinismus, hatte wie in anderen Ländern, den Zusammenbruch und die Demoralisierung der Sektionen des 'VS' herbeigeführt.

In diesem Hilflosenverein, der sich an den Mythos einer 'IV. Internationale' klammerte, konnte ein junger Mensch, wie Pitsch, weder den nötigen politischen, noch persönlichen Halt finden. Und es ist für Marxisten nun einmal eine Binsenweisheit, daß die revolutionäre Organisation auch eine Gemeinschaft darstellt, wo neben der marxistischen Wissenschaft, das Element der gegenseitigen Hilfe und Solidarität einen Faktor darstellt. Pitsch wurde im Zuge der Spaltung der deutschen Sektion (1969) ausgeschlossen, weil er den Positionen der damaligen IKD nahestand. Er wurde ausgeschlossen von 'Mitgliedern' der Sektion, die er vorher nie zu Gesicht bekommen hatte. Leuten, die in der Sozialdemokratie untergekrochen waren und auf Postenjagd waren. In der BRD hatten die damaligen 'Trotzkisten' ja weit mehr Erfolg als hierzulande; jüngere Genossen der GRM sollten sich einmal erkundigen, aus welcher politischen Ecke "Ben Wisch" kommt und warum der so heißt. Aber egal. Pitsch entwickelte sich praktisch ohne nennenswerte politische Hilfe in Österreich. Wesentlich war sein Kontakt zur IKD, bei deren Spaltung (1971) er mit 'Spartacus B/L' ging, um 1973 die Fusion der beiden Gruppierungen zum 'Spartacusbund' nicht mitzumachen, sondern am Aufbau einer deutschen und österreichischen Sektion der 'Spartacist-Tendenz' mitzuwirken.

Aber dieser Prozeß der Spaltungen und Fusionen - für oberflächliche Gemüter immer ein Grund zum Grinsen - war begleitet von einer politisch/theoretischen Entwicklung. So war es Pitsch, der in Wien zum ersten Male über Vietnam nicht im Sinne einer jugendlichen 'Onkel-Ho'-Mentalität sprach, sondern auf das Schicksal der Trotzkisten Vietnams hinwies, die gerade unter tatkräftiger Hilfe dieses 'Onkel Ho' liquidiert wurden, ebenso wie ihre Genossen in China. Die damals entstandene GRM konnte diesen Fakten nichts anderes entgegenstellen als die Begriffe "Sektierertum" und "Dogmatismus". Pitsch war der erste in Wien, der die trotzkistische Position zur Volksfront darstellte, zu einer Zeit, wo nicht wenige in der GRM, die KPF für eine 'revolutionäre' Partei hielten. Wir glauben nicht, daß die Standpunkte, die der Genosse damals einbrachte, von uns heute geteilt würden, aber gegen den hilflosen und unwissenden Zentrismus der GRM, war zumindest die Tatsache gegeben, daß Pitsch auf Probleme hinwies, aufmerksam machte, die sich der GRM auch heute noch nicht stellen!

Mit der Gründung einer Gruppe der 'Spartacist-Tendenz' (ÖBL) degenerierte dieser mögliche positive Ansatz rasch, denn tatsächlich versteht diese Tendenz es nicht über die Ebene des Buchstaben-Orthodoxismus hinauszukommen, was dann auch immer zur Konsequenz hat, daß auch die marxistische Orthodoxie verkürzt und verfälscht wird.

Wir wissen, daß der Genosse Fehler machte, die nicht nur auf der Ebene der Theorie zu suchen sind. Wir wissen, daß es oft und oft schwer war, mit ihm auch über praktische Fragen einig zu werden und daß sein Temperament ihn dazu verführte, oft unüberlegt zu sprechen und zu handeln. Aber die Arbeiterbewegung ist kein Platz für Waisenknaben und Klosterschülerinnen. In ihr hat es immer und wird es immer Ausbrüche, Differenzen und Streitigkeiten geben, die allein mit der 'Wissenschaft' nicht zu erklären sind. Heute steht für uns die uneingeschränkte Solidarität mit dem Genossen an erster Stelle. Es darf nicht zugelassen werden, daß seine politische Existenz vernichtet wird!

Das Magazin 'profil' hat in seiner üblichen Manier eine 'Lebensgeschichte' des Genossen geschrieben, die voll von Halbwahrheiten und Lügen ist. 'profil' konnte diesen Artikel nur schreiben, weil es innerhalb der Linken Leute gibt, die sich dazu hergeben, Tratsch und Gerüchte zu erzählen. Was bekommen diese Leute dafür? So kann man lesen, daß Pitsch aus der ÖBL ausgeschlossen wurde, weil er sexuelle Beziehungen zu einer amerikanischen Genossin hatte. Wir kennen dieses Gerücht, aber leider nicht den Urheber. Der Verstand dieses Menschen und der des Schreiberlings muß allerdings etwas ramponiert sein, denn es wäre wohl für Organisationen, die sich auf den Marxismus berufen, ein einmaliges Novum, wenn dies als Ausschlußgrund gelten sollte. Wahr ist vielmehr, daß Pitsch wegen politischer Differenzen selbst ausgetreten ist. Wir kennen diese Differenzen nicht in allen Einzelheiten, aber wir glauben, daß er theoretische Zweifel am Trotzkismus hatte. In diesem Zusammenhang erinnern wir uns an ein Gespräch mit ihm, wo er feststellte, daß nach dem 1. Weltkrieg die Weltrevolution als unausbleiblich von den Kommunisten propagiert wurde und Trotzki am Vorabend und Beginn des 2. Weltkrieges den Zusammenbruch des Reformismus prophezeit hatte, der der IV. Internationale den Weg zu den Massen öffnen würde. Ohne nun auf diese Überlegungen näher einzugehen, sehen wir die politische Entwicklung des Genossen als Ausdruck der Stagnation der Klassenkämpfe und des Fehlens einer revolutionären Partei in diesem Lande.

Pitsch hatte - so das 'profil' - dem GRM-Mitglied Löw, Bier, Glas und Flasche ins Gesicht geworfen, bzw. geschüttet. An diesem Beispiel kann man die ganze Perfidie des Schreiberlings festmachen. Genosse Löw hat uns berichtet, daß er eine entsprechende Frage des 'profil' ausdrücklich dementiert hat! Rotzfrech steht dann trotzdem diese Gruselstory im 'profil'. Wahr an dieser Geschichte ist nur das Bier, welches aber auch nicht der GRM-Genosse ins Gesicht bekam. Glas und Flasche, sind Erfindungen, die untermauern sollen, wie 'gefährlich' Pitsch ist!

DAS'GESTÄNDNIS'

Aus den Berichten der verhafteten und verhörten Genossen geht eindeutig hervor (siehe dazu auch den Bericht in der letzten 'rotfront'), mit welchen Methoden die Staatspolizei vorging. Wenn der sozialdemokratische Justizminister Broda in diesen Tagen im Parlament seine 'Träume' von einer klassenlosen, glücklichen Gesellschaft aussprach, dann wirkt dies angesichts der brutalen Methoden der Staatspolizei, als das, was es auch tatsächlich ist - wirkungs- und folgenlose Sentimentalität.

Da werden Genossinnen gefragt, mit "wem sie ficken" und da wird auch geschlagen. Sicherlich, gegen das, was in Chile und im Iran üblich ist, eine 'Kleinigkeit', aber dennoch ein Vorgehen, welches ein deutliches Licht auf die 'Demokratisierung' des Staatsapparates durch die SPÖ wirft!

Das angebliche Geständnis des Genossen Pitsch muß bezweifelt werden. Wir erinnern nur an die widersprüchlichen Meldungen in diesem Zusammenhang und wir erinnern an die indirekten Hinweise im 'Kurier', wonach Pitsch in einer 'Sonderzelle' verhört wurde, in der noch selten "einer schweigsam war". Warum wohl? Es ist aber auch eine uralte Methode der Polizei, durch gezielte Meldungen Verwirrung zu stiften. Und genau dies scheint in diesem Falle vorzuliegen. Pitsch soll fertig gemacht werden, nicht nur durch den ihn erwartenden Prozeß (der nichts hergeben wird), sondern vor allem politisch. Die gezielten Andeutungen der Polizei, wonach der 'Informant' vor der 'Rache' der RAF geschützt werden müsse, belegen dies eindeutig. Das Ziel des Staatsapparates besteht darin, ihm nach seiner Freilassung - da er nicht der 'große Täter' ist, kann diese nicht verhindert werden - den Boden für eine weitere politische Tätigkeit zu entziehen! Nur in diesem Sinne ist das 'Geständnis' zu sehen und es gilt alles zu tun, um zu verhindern, daß der Staatsapparat damit durchkommt!

VERSCHÄRFUNG DER REPRESSION!

Die Ereignisse der letzten Wochen stellen eindeutig eine Verschärfung der staatlichen Repression gegen die extreme Linke dar.

Hier sei noch auf einen Fall hingewiesen, der diese Feststellung unterstreicht. Zwei Genossen wurden, als sie für die Veranstaltung des Russell-Komitees plakatierten, von der Polizei 15 Stunden (!) festgehalten und erkennungsdienstlich behandelt,

WEHRT EUCH!



Für ein Bündnis der Linken gegen die Repression!

d.h. es wurden ihnen die Fingerabdrücke abgenommen und Fotos von ihnen für die 'Kartei' angefertigt. Dies ist ein durch kein Gesetz abgedecktes Vorgehen der Polizei. Die beiden Genossen waren sich leider über ihre Rechte, nach denen sie eine solche Behandlung verweigern können, nicht im Klaren. Die Bildung eines Bündnisses der Linken gegen die Repression ist notwendiger denn je!

Ein Wort an die SOAK

Mit ihrer "Erklärung" vom 1.Dezember geht die SOAK auf die letzte Entwicklung innerhalb der Linken ein. Wir wollen hier zu einem Absatz dieser "Erklärung" Stellung nehmen, weil wir glauben, daß der Inhalt dieses Absatzes nicht im geringsten der Wahrheit gerecht wird.

"Die IKL und RMF, die nun glauben ihre als einzig wahre revolutionäre Haltung bewiesen zu haben, erschweren durch ihr Verhalten den Aufbau einer gemeinsamen Front gegen die Verschärfungen gehörig, indem sie alle Linken, die nicht bereit sind, die politische Kritik am individuellen Terror völlig hintanzustellen, als "Pseudolinke"und "Denunzianten" disqualifizieren. Die konkrete Analyse wird bei ihnen in dieser Frage immer mehr durch moralische Beschwörungen und Verdammungen ("Feiglinge") ersetzt".

Genossen, wir glauben, daß hier einfach die Realität von euch nicht zur Kenntnis genommen wird. Kommen wir zu den Fakten. Wenn es tatsächlich stimmen sollte, daß wir die politische Kritik an der RAF hintanstellen und zu den Fragen des individuellen Terrors nur "moralische Beschwörungen" bringen, dann ist es für uns schon etwas unverständlich, warum wir gerade zum Zeitpunkt der Schleyer-Entführung eine Sondernummer der 'permanenten revolution' herausgegeben haben , in der doch eine genaue Auseinandersetzung und Kritik mit und an den letzten Texten Ulrike Meinhofs enthalten ist.

Was wir allerdings betonen und auch immer betonen werden, ist, daß man die richtigen Worte zum richtigen Zeitpunkt bringen muß. Ist es denn wirklich zu übersehen, daß gerade bei den jetzt so eifrigen 'Kritikern' der RAF, gerade die Kritik zum Anlaß genommen wird, um die Notwendigkeit der Solidarität zu vertuschen? Der Genosse des KB hatte völlig recht, als er auf der Veranstaltung des Russell-Komitees sagte, daß wir noch nie solche Artikel in den Zeitungen der GIM und der GRM gegen die "Revisionisten und Reformisten" gelesen haben.

Genossen der SOAK. Unsere Organisationen haben vor einiger Zeit den konkreten Versuch unternommen, ein praktisches Anti-Repressionsbündnis zu initiieren. Vertreter von euch waren außerdem auf Aktionseinheitssitzungen, wo es um Fragen der Abwehr der Repression ging. Umso unverständlicher ist es für uns, wie ihr behaupten könnt, daß wir die Bildung einer "gemeinsamen Front" erschweren würden.

Bei jeder Gelegenheit haben wir betont, daß jeder gemeinsame Schritt der Linken gegen die Repression nur auf einer minimalen gemeinsamen Grundlage der Übereinstimmung erfolgen kann. D.h. ohne jeglichen politischen Ausschluß. Ihr wißt genau, daß wir für eine gemeinsame Veranstaltung der Linken gegen die politische Unterdrückung in der BRD eingetreten sind, bei der jede Strömung zu Wort kommen sollte, also auch das 'Sozialistische Büro' und die FÖJ. Nicht wir haben dieser Veranstaltung verhindert, sondern FÖJ und GRM, die diese Veranstaltung zu ihrem Distanzierungsspektakel mißbrauchen wollten. Ebenso war es bei der Entwicklung des Russell-Komitees. Unsere Position war von Anfang an die, daß kein Aspekt der Repression ausgeklammert werden und demnach auch keine politische linke Strömung ausgeschlossen werden sollte. Voraussetzung soll allein der Wille und die Bereitschaft sein, gegen die Repression aktiv zu werden. Dies gilt für die Veranstaltung, für das'Russell-Komitee', als auch die "gemeinsame Front" der Linken, die natürlich'breit' sein soll - aber ohne politischen Ausschluß!

Genossen, nicht wir haben 'Unvereinbarkeitsbeschlüsse' gegenüber anderen Organisationen ausgesprochen, entsprechende Briefe geschrieben, sondern FÖJ und VSStÖ tun dies eifrig und tollpatschig. Dies ist einfach die Realität.

Aber die Bereitschaft mit jeder Organisation und Strömung der Linken gegen die Repression zusammenzuarbeiten, bedeutet natürlich nicht auf die Polemik gegen die Politik dieser Organisation zu verzichten. Dies sind zwei Ebenen, die es zu trennen gilt.

Noch ein Wort zu den 'Denunzianten'. Wir meinen damit nicht politische Stellungnahmen, aber glaubt ihr tatsächlich, daß das was seit Wochen und Wochen gegen die APG 'vorgebracht' wird, etwas mit politischer Auseinandersetzung zu tun hat? Sollten euch all die Gerüchte, die eifrig in Umlauf gesetzt wurden tatsächlich nicht bekannt sein? Man kann gegen die Politik der RAF sein - und wir sind es auch. Das ist eine Seite. Aber, wie vor allem gegen die APG gearbeitet wurde, kann man eben nicht anders als Denunziation und Verleumdung bezeichnen. Und woher, meint ihr, hat etwa das 'profil' all diese Halbwahrheiten über die Genossen? Aus ÖVP-Kreisen?

Genossen der SOAK: Wir nehmen an, daß wir gerade zur RAF Differenzen haben. Aber wir ersuchen euch, diese notwendige Auseinandersetzung nicht im Stile der 'IKL-Entlarvung' âla GRM zu führen, das nützt weder euch, noch sonst wem. Außerdem fordern wir euch auf, am Russell-Komitee teilzunehmen, was - entgegen all der falschen Behauptungen - keineswegs an eine Übereinstimmung zur Frage der RAF gebunden ist!

Spanien: „Historischer Kompromiß"

"Es ist ein eigen Ding um das Sterben der kapitalistischen Klasse. Sie liegt im Todeskampf, aber das Proletariat trägt Schmerzen und Leiden. Das Proletariat steht an der Schwelle der Macht, an der Schwelle seines eigentlichen Lebens und es stirbt dahin, als sei es ohnmächtig allen Schlägen des Geschickes überantwortet. Die bankrotte, aus ihrer Weltmachtstellung geschleuderte Bourgeoisie aber wälzt sich in frivolem Luxus und perverser Üppigkeit. Stockt ihr das Blut, droht das Herz still zu stehen, dann hilft ein Aderlaß - am Proletariat." (Paul Fröhlich: Die Galgenfrist)

Am 31. Oktober hat die spanische Suarez-Regierung ihr neues Wirtschaftsprogramm eingeführt. Auf dieses Wirtschaftsprogramm, dem sogenannten 'Pakt von Moncloa', der den Zweck hat, die sich in einer tiefen Krise befindende Wirtschaft auf Kosten der Arbeiterklasse zu sanieren, hatte sich Suarez mit den Oppositionsparteien geeinigt. Die Parteien, denen die spanische Arbeiterklasse bei den Wahlen ihr Vertrauen gegeben hatte, führten und führen das Proletariat geradewegs in diese Art der Koalition des Proletariats mit der imperialistischen Bourgeoisie. Während die Arbeiterklasse in ihrer Handlungsfreiheit brutal eingeengt wird, hat Suarez beide Hände frei, um die kapitalistische Wirtschaftskrise gegen das Proletariat, durch die schrankenlose Ausbeutung der Werktätigen zu bereinigen. Diese Lösung ist für die spanische Bourgeoisie die beste, um in der jetzigen Situation die Arbeiter durch Hinweise auf 'eine bessere Zukunft, für die man Opfer bringen müsse' von ihren Klassenaufgaben abzulenken, und damit der Ausbeutergesellschaft eine glaubhafte Perspektive zu weisen.

Die "kalte Sonne über der spanischen Wirtschaft" ist nämlich wieder aufgegangen. Im letzten Jahr lag die Inflationsrate bei 20%, derzeit ist man schon bei 30% angelangt. Ist die Arbeiterklasse fähig in den anstehenden Tarifverhandlungen den durch die Inflation hervorgerufenen Lohnverlust wettzumachen, dann droht für 1978 eine Inflationsrate von 40% und das Arbeitslosenheer, welches die Millionengrenze schon längst überschritten hat, würde sich um 400.000 Hungernde und Ungeduldige vergrößern.

Die spanische Wirtschaft befindet sich in einer Sackgasse. Die Situation ist äußerst brisant und die Klassengegensätze spitzen sich zu: Marcelino Camacho sieht gemeinsam mit Luis Clarra, Führer der baskischen Unternehmer, die Möglichkeit eines Rechts-Coups wachsen. Die Regierung Suarez ist nicht in der Lage, die wirtschaftlichen und politischen Probleme zu bewältigen. "Es geht nicht mehr so weiter" sagte Tierno Galvan von der PSP und verlangte im Einklang mit Santiago Carillo: "Wir brauchen eine Regierung der nationalen Konzentration". Julian Ariza, ein Führer der Arbeiterkommissionen (CCOO) schlägt "eine Regierung aus den verschiedenen sozialen und politischen Kräften" vor, und der Generalsekretär der UGT (PSOE-Gewerkschaft) Nicolas Redendo genauer:"Es geht weniger um die Regierungsformel, als darum, daß die Regierung ein Programm für die Arbeits- und Gewerkschaftswelt aufstellt, das von allen demokratischen Gewerkschaften unterschrieben wird." Und nocheinmal Santiago Carillo: "Wir bemühen uns, zu einem gemeinsamen Programm aller Kräfte zu kommen, die sich für die Demokratie aussprechen, vom Zentrum bis zu den Kommunisten, und wir sollten uns verpflichten, die Zustimmung des Parlaments dazu zu erreichen".

Sie alle sind sich einig, machen sich rührende Sorgen um die kapitalistische Wirtschaft und suchen eine Lösung, die gewährt, daß es so bleibt wie es ist. Sie bieten ihre bedingungslose Zusammenarbeit mit den Kapitalisten an und - sie zeigen Mittel und Wege wie man die spanische Wirtschaft sanieren kann - sie garantieren für die Niederhaltung der Arbeiterklasse.

DER PAKT VON MONCLOA

Und am 25. und 27. Oktober war es dann endlich so weit. Die Vorstellungen eines Santiago Carillo, eines Felipe Gonzales, eines Tierno Galvan und wie sie alle heißen, die Ärzte am Totenbett des Kapitalismus, wurden zur Realität. Zur selben Zeit,als die Werftarbeiter von Cadiz auf die Straße gingen um gegen eine Verringerung der Produktion und Einstellung von einigen Fertigungsbetrieben bei der großen Werft Astilleros Espanol demonstrierten, Barrikaden errichteten, mit der Polizei kämpften und zwei Tage lang die Stadt gelähmt war, stimmten die Parteien der spanischen Arbeiterklasse im Abgeordnetenkongreß für die Annahme der Abmachungen zwischen der Suarez-Regierung und den Parlamentsparteien betreffs dringender wirtschaftlicher und politischer Maßnahmen. Diese Abmachungen, zusammengefaßt im "Paktvon Moncloa" (Regierungssitz) haben laut des öffentlichen Dekrets im Staatsanzeiger zum Ziel, die gegenwärtig bei 30% liegende Inflationsrate auf "realistischere und flexiblere Art" einzudämmen. Wichtigste Maßnahme hiefür soll die Einfrierung der Löhne unterhalb der jeweiligen Inflationsrate sein. Es wurde eine obere Grenze für Lohnerhöhungen festgesetzt (22%) und sollten die Arbeiter einen höheren Betrag erkämpfen, so soll auf Intervention des Staates veranlaßt werden, daß bis zu 5% der Belegschaft entlassen werden. Als flankierende Maßnahme sollen noch die Preise, die seit vier Jahren zumindest laut Bestimmungen kontrolliert werden sollten, freigegeben werden. In der 'Frankfurter Allgemeinen Zeitung' Nr. 252 hört sich das alles so an: 'Mit diesen Maßnahmen sollen nach Ausführungen des parteilosen Wirtschaftsministers Professor Fuentes Quintana zunächst die Inflationsrate auf die mittlere Quote Westeuropas herabgesetzt und Auswirkungen des Austeritätsprogramms auf die Arbeitslosigkeit gemildert werden. In einer zweiten Etappe sollen dann die Bedingungen für eine Belebung der Konjunktur und für eine Zunahme der Investitionen erreicht werden, wodurch dann die Zahl der Arbeitsplätze erhöht werden könnte. Zu den Maßnahmen gehören weiterhin eine große Steuerreform, Förderung für die Ausfuhr und eine bessere Kontrolle der öffentlichen Ausgaben!" So einfach sich hier alles für die Unternehmerwelt darstellt, so schwerwiegend sind all die Maßnahmen für die spanischen Werktätigen, verlangen doch alle, inklusive 'ihrer' Parteien, daß sie im Namen der Ausbeutergesellschaft ihren mühsam erkämpften Lebensstandard kampflos preisgeben sollen. Für die Arbeiterklasse bedeutet das Sanierungsprogramm Lohnraub und Arbeitslosigkeit, bedeutet es Bereicherung der Bourgeoisie auf Kosten der Arbeiter. Aber: "Wir müssen diese Opfer bringen, wenn wir ein freies Land wollen, in dem es angenehm ist zu leben." So San-



'Mit der P.C.E. - Wie lange noch'

tiago Carillo, Chef der PCE, der es einem leicht macht ihm zu glauben, als er vor kurzem im Parlament gesagt hat: "Nur Gott weiß, was alles uns Kommunisten von Fragas Volksallianz trennt" und jetzt doch nun auch Besuche in erzkonservativen Klubs, wie zum Beispiel 'Siglo XXI', macht, wo er von Fraga vorgestellt wurde und vor einer Schar Frankisten und anderer "ehrenwerter Persönlichkeiten" des öffentlichen Lebens über den'Eurokommunismus' referierte.

Alle Abgeordneten, die die Werktätigen in das Parlament schickten, erklärten ihre Bereitschaft, die Arbeiter zu "Opfern" anzuhalten. Lediglich eine einzige, einsame Stimme erhob sich gegen die wirtschaftlichen Maßnahmen. Der Abgeordnete der Baskischen Linken (Euskadiko Esquerre), eine Wahlliste, an der sich die E.I.A. (Partei für die baskische Revolution) und die MC (Kommunistische Bewegung) beteiligten, stimmte dagegen, war aber gleichzeitig für den politischen Teil des 'Paktes von Moncloa', gegen den nur die 17 Abgeordneten der "Volksallianz" Sturm liefen. Der Pakt über die politischen Reformen soll im wesentlichen das Versammlungsrecht, Presserecht, Teile des Strafrechtes, Militärstrafrecht, die Gesetze über die öffentliche Ordnung und die Organisation und Aufgabenstellung der Polizei behandeln. Aufgabe dieser Maßnahmen ist es wohl, die Schwere des Wirtschaftspaktes abzuschwächen, die Realität zu vernebeln durch Reformen, die nichts kosten und nichts ändern und die Suarez-Regierung und die gesamte "Opposition" auf eine umfassende und feste Grundlage zu stellen. Doch das Grundproblem bleibt weiter bestehen, müssen doch erst die Reformisten in der Tat beweisen, daß sie in der Lage sind das Proletariat an den Moncloa-Pakt, an ihre Koalitionspolitik zu binden. Suarez wird die Situation so lange vorerst nicht klären können, bis die vollständige Kontrolle der Reformisten über die Arbeiterklasse, die Bereitschaft der Arbeiter "Opfer" zu bringen, hergestellt ist.

DIE SPANISCHE ARBEITERKLASSE

Der Kapitalist Felix Mansilla meint dazu besorgt: "Die Gewerkschaftszentralen verfügen nicht - wie in anderen europäischen Ländern - über genügend Kraft, um einen Sozialpakt zu sichern. Sie können einen Konflikt vom Zaune brechen, aber es ist völlig unsicher, das haben wir kürzlich wiederholt erlebt, wie sie ihn dann abbremsen können." Um den Wirtschaftspakt tatsächlich zu Fleisch und Blut werden zu lassen, und seine wirtschaftspolitische Funktion - den offenen Zusammenstoß der Klassen eben mittels der reformistischen Parteien zu verhindern - erfüllen zu können, bedarf es einer betäubten, desillusionierten oder demoralisierten Arbeiterklasse; also der Notwendigkeit, daß sich die Klassenkollaborateure voll auf der Höhe ihrer historischen Aufgabe befinden, die Arbeiterklasse völlig unter ihrer Kontrolle haben, und immer wieder durch die Worte der Vertröstung und des 'Wenn' und 'Aber' die Arbeiter entmündigen.

Doch diese Situation ist derzeit noch nicht gegeben. Die Gewerkschaften mußten dem insofern Rechnung tragen, als sie den Wirtschaftspakt abgelehnt haben. Die erste Abteilung der Werktätigen,die in die Tarifverhandlungen eingetreten ist, das Bodenpersonal der 38 spanischen Flughäfen, kämpfte für eine Lohnerhöhung von 35%, und der letzte Streik - der dritte - wurde abgebrochen, weil der Staat das Militär einsetzen wollte. Das spanische Proletariat steht großteils hinter den reformistischen Parteien, es ist aber gleichzeitig gezwungen im Kampfe gegen die Abwälzung der Kosten der Wirtschaftskrise auf seinen Rücken, über diese Parteien hinwegzuschreiten, ohne aber die Fesseln des Reformismus tatsächlich abzustreifen. Typisch sind Streiks geworden, denen von den Gewerkschaften die Unterstützung vollkommen versagt wird, die aber trotzdem mittels der Einheitsfrontorgane, welche das Proletariat sich im Kampfe schafft, bis zur letzten Konsequenz, gegen die Gewerkschaftsbürokratie, durchgekämpft werden. Eines dieser Kampfmittel, welches das Proletariat hier gezwungen ist anzuwenden, ist die Betriebe zu besetzen und die Produktion selbständig wieder aufzunehmen; so zum Beispiel bei Numax oder Buttonfeld in Barcelona.

DIE ARBEITERKOMMISSIONEN

Ungefähr 10% der Werktätigen sind in den freien Gewerkschaften organisiert, und die vier größten Gewerkschaften sollen gemeinsam nur 800.000 Mitglieder aufweisen können. Jede Partei - ob jetzt die PSOE, die PCE, PSP-FPS, die Anarchisten oder irgendeine Mao-Gruppe - versucht sich ihre eigene Richtungsgewerkschaft aufzubauen. Größte und einflußreichste aller Gewerkschaften ist die von der PCE dominierte CCOO, sind die Arbeiterkommissionen.

Die Arbeiterkommissionen sind entstanden aus der Tatsache, daß die Arbeiterklasse unter der Franco-Diktatur politisch total entrechtet war, keine Klassenvertretung besaß, die Parteien und geheimen Gewerkschaften unter der Illegalität dies nicht erfüllen konnten, und dadurch das Proletariat völlig wehrlos der Ausbeutung ausgesetzt war. Es zwang sich daher der Arbeiterklasse die Notwendigkeit auf, aus ihren eigenen Reihen Vertreter zu wählen, die ihre Interessen vertraten. Doch sollten diese Vertreter eine spürbare Macht ausdrücken und nicht schutzlos dem frankistischen Repressionsapparat ausgesetzt sein, mußte die Arbeiterklasse ihr einziges Kampfmittel, welches sie in dieser Situation besaß, einsetzen. Nach dem Motto 'fünf Finger sind eine Faust' wuchsen die spanischen Arbeiter im Kampf zur Klasse zusammen, verwirklichten sie tagtäglich das Prinzip der Einheit. Dies bedeutet, daß die Delegierten auf den Betriebsversammlungen gewählt wurden, dieser auch Rechenschaft schuldig waren und die Delegierten auch jederzeit abwählbar waren. Die Arbeiterkommissionen waren also die kämpfenden Einheitsfrontorgane der spanischen Arbeiterklasse und jede politische Strömung konnte in ihnen um die Mehrheit kämpfen. Doch so wie die Arbeiterkommissionen "Produkt des revolutionären Willens der Massen" waren, so waren sie auch das Objekt des Opportunismus der Reformisten. Als die ersten Kommissionen in der Streikbewegung 1961 entstanden, machte die PCE als erste den empirischen Schwenk hin zu den CCOO. Sie betrachteten die CCOO als Rekrutierungsfeld für ihre OSO (Arbeiteropposition, geheimes Syndiakt der PCE). Sie halfen mit,die Arbeiterkommissionen zu verallgemeinern und aufzubauen, um aus ihnen ein Instrument zur Erwürgung revolutionärer Massenbewegungen, zur Niederschlagung spontaner politisch-ökonomischer Aktionen der Arbeitermassen zu schaffen. Die Arbeiterkommissionen haben einen Prozeß der Bürokratisierung und damit der Hegemonisierung durch die PCE durchgemacht. Die PCE konnte die Arbeiterkommissionen zu ihrer Richtungsgewerkschaft umfunktionieren, aber sie konnte das Wesen der CCOO nicht gänzlich aus den Köpfen der Arbeiterklasse löschen. Der Drang nach Einheit, selbst bestimmen zu wollen, äußert sich immer wieder,indem die Arbeiter im Kampfe ihre Arbeiterkommissionen errichten - indem sie Fabrik-, Streikkomitees, Verteidigungskomitees und andere Formen von Einheitsfrontorganen bilden.

Anhand dieser Komitees kann man deutlich das Dilemma erkennen. Sie spiegeln einerseits den revolutionären Willen der Massen und andererseits den Bewußtseinsstand des Proletariats wider , d.h. die Vorherrschaft des Reformismus und die Schwäche des revolutionären Faktors.

KATALONIEN UND EUZKADI

In Spanien hat die ungleichmäßige und ungleichzeitige Entwicklung des Kapitalismus dazu geführt, daß in Katalonien, aber natürlich auch im Baskenland, nicht zuletzt bedingt durch die geographische Lage, im Vergleich zu Gesamtspanien, sich eine realtiv hoch entwickelte Industrie herausbildete. Während also in Katalonien der Kapitalismus Fuß fassen konnte, wurde gleichzeitig durch das feudale Spanien, dem starren Zentralismus, seiner Entwicklung enge Grenzen gesetzt, die nur durch die bürgerliche Revolution zu beseitigen waren. Jedoch zeigte sich die katalanische Bourgeoisie als unfähig,dieses Problem zu lösen. Produkt all dessen, der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus und der Schwäche derkatalanischen Bourgeoisie, die bürgerliche Revolution durchzuführen, war der Nationalismus, ausgeprägt in der Form des Autonomismus. Die katalanische Industrie war eigenständig absolut nicht lebensfähig, deshalb konnte die Großbourgeoisie wegen ihrer abhängigen und unselbständigen Industrie nur autonomistisch aber nie separatistisch sein, und es entstand als Ausdruck der Interessen der dynamischsten Schichten der katalanischen Bourgeoisie eine autonomistische Bewegung. Und Sole-Tura schreibt in dem Buch 'Catalanisme i Revolucio burguese': "Die katalanische Nation muß einen Staat haben, aber sie möchte sich nicht in denjenigen eingliedern, in den sie heute eingeordnet ist." Sie m u ß auf der Seite Spaniens stehen, aber gleichzeitig w i l l sie darüber stehen.

Anders die baskische Frage. Im Baskenland entwickelte sich neben einer starken, bedeutenden Industrie ein mächtiges Bankwesen. Schon im Jahre 1857 wurde die 'Banco de Bilbao' gegründet und 1901 die 'Banco de Vizcaya'. Dieses Bankwesen vereinigte das Privatkapital und das durch die Rohstoffvorkommen in großen Mengen nach Vizcaya und auch Guipuzcoa strömende ausländische Kapital und brachte eine einflußreiche und mächtige Bourgeoisie hervor, die sich alsbald an die Spitze des Staates stellte und sich in kurzer Zeit in der reaktionären Front unentbehrlich machte, den Binnenmarkt eroberte, sich mit einem billigen Arbeitskräftemarkt, der durch Werktätige und Arbeitssuchende aus Navarra, Aragon, Leon und Kastilien immer wieder aufgefrischt wurde, versah und entwickelte den Export. Die baskische Großbourgeoisie war und ist zentralistisch. Gleichzeitig mußte aber die kleine und mittlere Bourgeoisie sich zusammenschließen,um ihre Interessen gegenüber der Großbourgeoisie und dem Proletariat zu verteidigen. Sie vereinigte sich zur PNV und schrieb auf ihre Banner den Kampf gegen den Zentralismus, gegen die Zentralgewalt, die die Interessen der Großbourgeoisie vertrat. Der baskische Nationalismus, der Separatismus wurde zum Ziel erklärt. Aber so sehr der Nationalismus der kleinen und mittleren Bourgeoisie der objektiven Situation entsprach, so wenig konnte sie wirklich radikal und entschieden dafür kämpfen, mußte sie doch eine weitere, ihre Existenz bedrohende, permanent vorhandene Komponente berücksichtigen - das Proletariat! Der Kampf gegen das Proletariat wurde zum entscheidenden Faktor, die Bereitschaft, das Bündnis mit dem spanischen Monopolkapital

zu suchen, um das Proletariat niederzuschlagen, zum aufgezwungenen Mittel. Die nationale Frage ist eine Frage der spanischen Arbeiterrevolution geworden. Nur sie kann sie lösen. Die revolutionären Kommunisten müssen zur Kenntnis nehmen, daß in Katalonien und Euzkadi die nationale Frage existiert. Sie müssen sie zu ihrer Aufgabe machen, müssen den Versöhnlern die Initiative entreißen, das Proletariat um den Klassenstandpunkt einigen, den anderen unterdrückten Bevölkerungsschichten ein Kampfbündnis anbieten und all dies in den Kontext der permanenten Revolution stellen. Sie müssen für die freie Selbstbestimmung bis zum Recht auf Lostrennung eintreten, dies auf die konkrete Situation zuspitzen und davon ausgehend ein System von Übergangslosungen entwickeln, das fähig ist, das Proletariat und die unterdrückten Minderheiten von ihren Bedürfnissen ausgehend, hin zur Machtfrage, zur proletarischen Diktatur zu führen. Nur die Ausgebeuteten selbst können ihr Geschick bestimmen. Sie haben von keiner PNV, von keiner nationalen Bourgeoisie, von keinem Tarradellas (erster amtierender Präsident der autonomen Regierung von Katalonien) oder einer neuen Verfassung irgendetwas anderes als Unterdrückung zu erwarten . Sie müssen den Kampf um die nationale Befreiung verbinden mit der Befreiung des Proletariats!

Diesen Zielen ordnet Bahro eine Reihe sogenannter Sofortmaßnahmen zu:
" - Liquidierung der bürokratischen Korruption von oben ..." (d.h. Reduzierung aller Gehälter, die die obere Grenze des normalen Gehaltskataloges überschreiten, Beseitigung aller materiellen, kulturellen und sonstigen Versorgungseinrichtungen des Funktionärsapparates, Beseitigung des kleinbürgerlichen Pomps der Orden und Ehrenabzeichen etc.),
" - die Abschaffung der Arbeitsnormen und des Stücklohnes", " - die planmäßige periodische Beteiligung des gesamten leitenden und intellektuellen Personals der Gesellschaft an der einfachen und ausführenden Arbeit";
- Vorbereitung einer Berichtigung des Lohngefüges (in Richtung auf Egalisierung der Einkommen) (S.455ff).

Bahros ‚Alternative'

Analyse und Kritik

2. TEIL

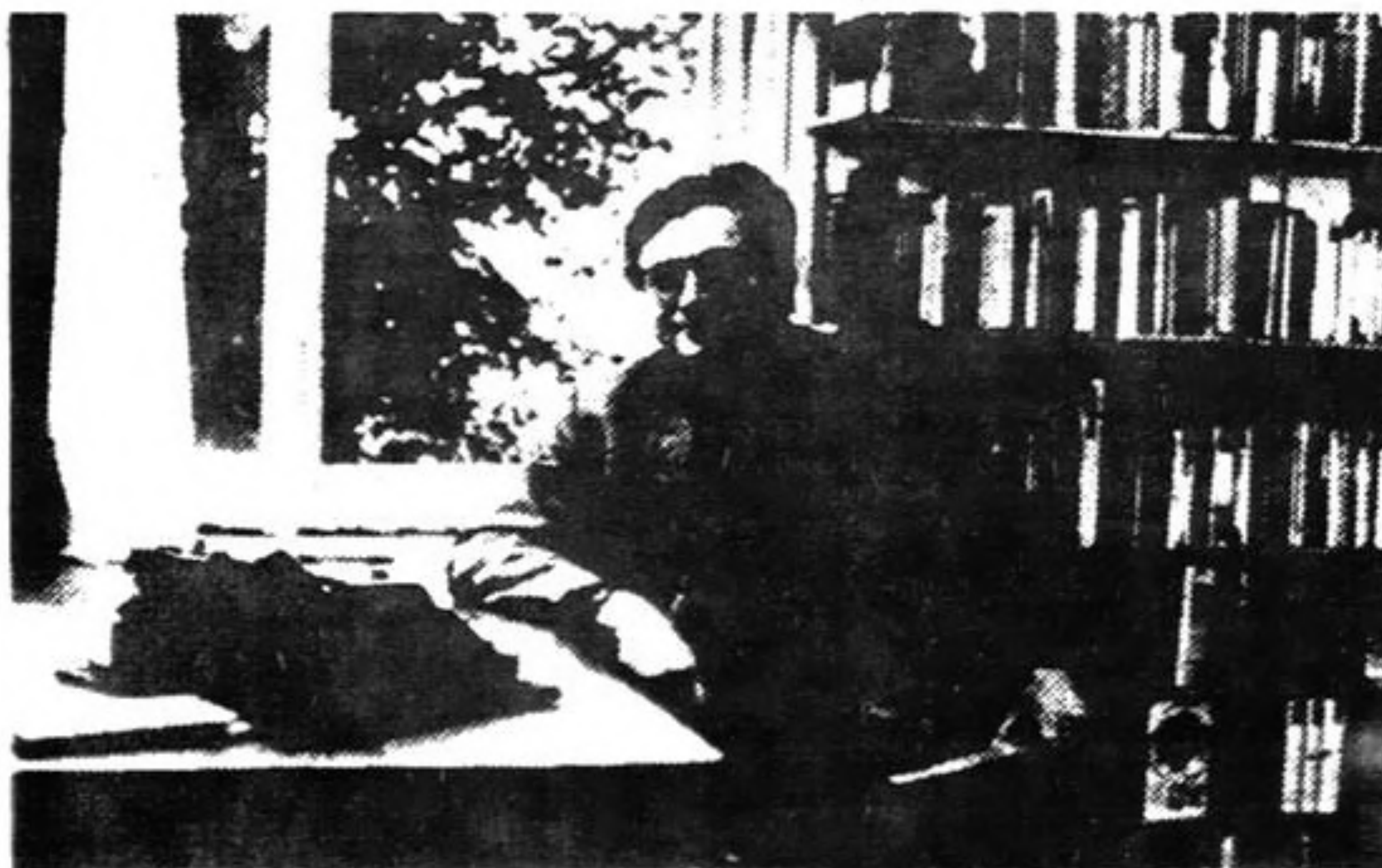
Bahro geht davon aus, daß zwischen der Bürokratie und dem "produktiven Gesamtarbeiter" (Bahro) antagonistische Interessensgegensätze bestehen. Die bürokratischen Eigeninteressen segeln dabei unter der Flagge des Gemeininteresses. Das bürokratische System der "organisierten Verantwortungslosigkeit" muß ökonomisch scheitern. Die ökonomischen Antriebsmittel des Kapitalismus stehen ihm nicht zur Verfügung. Mit der Ausschaltung der Masseninitiative in der die Selbstentfaltung des Menschen Antrieb und Ausdruck des gesellschaftlichen Fortschritts ist (der sich allerdings nicht auf den ökonomischen Fortschritt verkürzt) ist die Bürokratie in ihrem Verhältnis zum "unmittelbaren Produzenten" auf Mittel des außerökonomischen (politischen) Zwanges zurückgeworfen, dem sich die Arbeiter passiv widersetzen. Vorangetrieben wird dieses System vor allem durch den Legitimationsdruck, der auf der Bürokratie lastet. Er "...besteht in dem Selbsterhaltungsinteresse des Apparates angesichts der unablässigen Herausforderung durch den materiell-technisch überlegenen welthistorischen Partner und Gegner " (dem Kapitalismus). "Die durchschnittlichen Partei- und Staatsbeamten werden nicht von ihrem Gewissen in den Herzinfarkt getrieben - ihre offenbare Mentalität füllt alle Muster des traditionellen Ämter-Konservatimismus - sondern von dem Selbstbehauptungswillen der höchsten Funktionäre, die um keinen Preis von den Hebeln der Macht lassen möchten. Natürlich ist die Parteispitze in dieser Beziehung weniger Schöpfer einer neuen Zivilisation als der Dolmetscher jener Triebkräfte, die 'drüben', im Spätkapitalismus, den technisch-ökonomischen Fortschritt in Schwung halten." (S. 279)

Nicht nur, daß die vorhandenen Bedürfnisse der Menschen nicht erfüllt werden, sondern, daß die Bedürfnisstruktur "falsch läuft", daß die Länder des "real existierenden Sozialismus" lediglich die alte Zivilisation nachbauen. Eindringlich beschreibt Bahro wie die Herrschenden beider Systeme dabei sind, unseren Planeten kaputt zu machen. Schließlich gipfelt die Analyse der ökonomischen Ineffizienz des bürokratischen Systems in Bahros Schlußfolgerung, daß dieses System den Weg zur Emanzipation des Individuums verbaut. "Die entsprechenden Bedürfnisse werden mit Ersatzbefriedigungen abgespeist. Man muß sich im Besitz und Verbrauch von möglichst vielen, möglichst (tausch-)wertvollen Dingen und Diensten dafür schadlos halten, daß man in den eigentlich menschlichen Bedürfnissen zu kurz gekommen ist. ...Die emanzipatorischen Interessen dagegen richten sich auf das Wachstum, die Differenzierung und die Selbstverwirklichung der Persönlichkeit in allen Dimensionen menschlicher Aktivität." (S. 322)

Hier führt Bahro den Begriff der Kulturrevolution ein. Dieser Begriff steht bei Bahro für den Prozeß der Revolutionierung der Gesellschaft in Richtung Kommunismus, zur völligen Emanzipation des Menschen. In diesen Passagen steht Bahro, bei aller Kritik im Einzelnen, in der besten marxistischen Tradition eines "wissenschaftlichen Utopismus", und hier geht er auch weit über die meisten der bisherigen Ansätze der neu entstehenden Kommunistischen Opposition in den Übergangsgesellschaften hinaus. Seine Forderungen greifen zurück auf Marx' Schriften zur Pariser Kommune, sie sind so einfach wie sie radikal sind.

Zentraler Ansatz für die Selbstverwirklichung des Individuums ist bei Bahro die Überwindung der Arbeitsteilung. Die Arbeitsteilung lag der Konstituierung von Klassen zugrunde, Arbeitsteilung schließt (zumindest potentiell) den Gegensatz von Herrschern und Beherrschten, den Unterschied von Hand- und Kopfarbeit, Stadt und Land etc. ein. Die Universalität und Wandlungsfähigkeit der menschlichen Gattung durchzusetzen ist ohne Aufhebung der Arbeitsteilung unmöglich, ja z.T. ist sie mit dieser Aufhebung identisch. Die "Kulturrevolution" muß die objektiven Gestaltungsmöglichkeiten der menschlichen Subjektivität neu gestalten.

Die Verwirklichung einer realen Gleichheit erfordert: " - eine Umverteilung der Arbeit nach dem Prinzip, daß alle gleichen Anteil an den Tätigkeiten auf den verschiedenen Funktionsniveaus leisten ..., - die Eröffnung des unbeschränkten Zugangs zu einer Natur und Technik, Gesellschaft und Künste umfassender Allgemeinbildung ...höchster Stufe für alle ..., - Vergesellschaftung (Demokratisierung) des allgemeinen Erkenntnis- und Entscheidungsprozesses ..." (S. 325).



Man sieht: Die Herrschenden in der DDR wußten, warum sie Bahro ins Gefängnis sperrten.

Widersprüchlich wird Bahro, wenn er die Linie der politischen Durchsetzung dieser Forderungen angeben soll. Zum einen meint er, daß die Durchsetzung seiner vorgeschlagenen "Initialmaßnahmen nur möglich ist, nachdem die Bürokratie gestürzt ist" (S. 476), zum anderen spricht er von einer schrittweisen Zurückdrängung.

Seine Unklarheit über die politische Revolution hängt damit zusammen, daß er den Hauptträger dieser Revolution (die Arbeiterklasse) und damit den institutionellen Rahmen (Räte) nicht genau bestimmt - konkret die Rolle der Arbeiterklasse nicht erkennt (auf seine falsche und durch die nackten Fakten zu widerlegende Einschätzung der Rolle der Arbeiterklasse im Frankreich des Mai 68 wollen wir hier nicht eingehen).

Mit dem "Wegfall" der Bourgeoisie hat für Bahro in den nichtkapitalistischen Ländern die Kategorie der Arbeiterklasse ihren Sinn verloren. Statt dessen führt er den Begriff des "gesellschaftlichen Gesamtarbeiters" ein, der durch eine Schichtung der Arbeitsfunktionen und Bewußtseinsebenen (Hierarchie des Wissens) differenziert sei.

Unserer Meinung nach unterliegt Bahro hier einem zweifachen Irrtum. So wie er den internationalen Aspekt bei der Herausbildung der nichtkapitalistischen Länder ("real existierender Sozialismus") nicht richtig erkannt hat, übersieht er jetzt, daß der Gegensatz Bourgeoisie - Proletariat sich letztlich auf internationaler Ebene bestimmt. Das Proletariat, die erste wirklich internationale Klasse der Weltgeschichte, hebt sich nicht "Stück für Stück" auf (je nachdem, wo es die Staatsmacht gegen die Bourgeoisie erobert hat), sondern nur in dem Maße wie es die Bourgeoisie weltweit schlägt, vollständig das imperialistische Weltsystem vernichtet, hebt sich das Proletariat als Klasse auf.

Darüberhinaus begeht Bahro auch hier den Fehler von der kategorialen Ebene (d.h. dem Begriffspaar Bourgeoisie-Proletariat) direkt auf die politische Ebene zu wechseln. "In den Kategorien der Klassenstruktur läßt sich unsere nichtkapitalistische Ordnung bestenfalls nach ihrer Vergangenheit interpretieren ... Jenseits des Kapitalismus verliert der Begriff der Arbeiterklasse seinen operativen Sinn ...Mit der Bourgeoisie verliert auch das Proletariat seine spezifische sozialökonomische Identität, so daß in der nachrevolutionären Situation ganz andere, interne Strukturkriterien relevant werden müssen " (S. 216f.). Da die Selbstaufhebung des Proletariats jedoch nicht auf kategorialer Ebene, sondern durch den real-gesellschaftlichen Prozeß bestimmt ist (in der Phase der Diktatur des Proletariats!) muß Bahro bei seiner Analyse des "real existierenden Sozialismus" mit dem Begriff des "unmittelbaren Produzenten" die Arbeiterklasse durch die Hintertür wieder "zulassen".

Bahros "Hierarchie des Wissens" kündet an, wen er in erster Linie für das revolutionäre Subjekt seiner Kulturrevolution hält. Vor allem die Intelligenz ist der Träger jenes "überschüssigen Bewußtseins", Verkörperung der "angestauten Kräfte", von der die Initiative für die Veränderung ausgehen wird, es werden "die intellektualisierten Schichten des Gesamtarbeiters einstweilen zwangsläufig den Ton angeben" (S. 390). Bahro stellt allerdings selbst die Frage "ob bei einem solchen Aktivierungsmuster etwas anders herauskommen kann, als bloß eine neue Machtverteilung zugunsten der Intellektuellen, der Wissenschaftler und der Wirtschaftsleiter" (S. 389). Unserer Meinung nach spiegelt sich in Bahros Position die soziale Isolierung der oppositionellen Intellektuellen in der DDR wider. Ein polnischer Intellektueller und oppositioneller Kommunist käme wahrscheinlich kaum auf die Idee, daß jemand anderes als die Arbeiterklasse das Subjekt einer revolutionären Umwälzung sein könne. Das spricht keineswegs dagegen, daß die Intellektuellen aktuell die tragende Kraft der Opposition sind (vermutlich selbst in unserer "großen Hoffnung" - Polen), aber die entscheidenen Schlachten, 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1970 in Polen und 1968 in der CSSR haben gezeigt, daß in dem Augenblick, wo die Arbeiterklasse in den Kampf eingreift, sie und niemand anderes die Hauptlast des Kampfes trägt - und zwar quantitativ und qualitativ, d.h. die traditionellen und originären Kampfmittel der Arbeiterklasse bestimmen die Kampfform - dies umso mehr wie sich der Aufstand ausweitet, alle übrigen Schichten in die Auseinandersetzung hineinzieht und die Machtfrage unmittelbar aufgeworfen wird (Polen 1970 und CSSR 1968 werden hier von Bahro falsch eingeschätzt).

Wir können nur den DDR-Schriftsteller Volker Braun zustimmend zitieren: "Ihre (der Arbeiterklasse - die Red.) unterprivilegierte Stellung in der arbeitsteiligen Produktion und ihr Platz in der Pyramide des 'demokratischen Zentralismus' sind es, die nach Veränderungen drängen und das Bewußtsein der Notwendigkeiten produzieren werden ...Die Arbeiter als Klasse sind am stärksten an Veränderungen interessiert, und das wird zu etwas führen" (zitiert nach Bahro, S. 388). Bahros Analyse ist allerdings viel zu ehrlich, als daß die Grundlage für die schwankende Rolle der Intelligenz nicht "durchscheint". Durchgehend versucht Bahro darzulegen, daß die Intelligenz nicht nur Träger des "überschüssigen Bewußtseins" ist, sondern Rekrutierungsbasis der Bürokratie. "Die objektive Tendenz der staatlichen Arbeitsorganisation und -leitung geht dahin, die gesamte Intelligenz zu bürokratisieren ..." Während die unteren Kader der (technischen) Intelligenz direkt in die Schichten des "unmittelbaren Produzenten" (sprich Arbeiter) übergehen, bestehe gleichzeitig die "...Tendenz zur Bürokratisierung der Intelligenz, also zur Eingliederung gerade derselben Kräfte in den Apparat, aus denen sich das reformatorische Potential vornehmlich rekrutiert" (S. 380). In dieser Zwischenstellung der Intelligenz, ihr Übergang in die herrschende Bürokratie nach oben und die Arbeiterklasse nach unten ist ihre politische Spaltung im revolutionären Prozeß angelegt, was natürlich nicht bedeutet, daß nicht ihre übergroße Mehrheit im Prozeß der politischen Revolution auf der Seite der Arbeiterklasse steht, wie dies insbesonders Ungarn 1956 und die CSSR 1968 bewiesen haben (1953 in der DDR war die Mehrheit der Intelligenz eher passiv).

Als letztes sei noch angemerkt, daß Bahro streng genommen keine klare politische Konzeption zur Zerschlagung der Bürokratie und Durchsetzung seiner Kulturrevolution hat. Er hat nicht deutlich die Notwendigkeit des Aufstandes herausgearbeitet. Einerseits spricht er davon, daß zur Voraussetzung seiner Kulturrevolution die Schaffung bestimmter politischer Bedingungen gehört, nämlich: 'Die Politbürokratie muß entmachtet werden, die Herrschaft des Apparates über die Gesellschaft beseitigt ..." werden, auf der anderen Seite glaubt er, daß die "... Kontinuität der Revolution und die Stabilität des europäischen Friedens (es) erfordern, daß sich die Kommunisten rechtzeitig darauf einstellen, ihr eine konstruktive und allmähliche Form zu geben".

Diese Unklarheiten sollten allerdings nicht überbewertet werden, wichtig ist, daß Bahro nicht auf eine Selbstreform hofft, sondern heute die Opposition in einem neuen Bund der Kommunisten organisieren und zum Kampf antreten will und damit geht er über die meisten Ansätze der bisherigen Opposition einen entscheidenden Schritt hinaus.

Bahros Buch dokumentiert trotz der angedeuteten weitgehenden Kritik unsererseits die voranschreitende Bildung einer kommunistischen Opposition in der DDR.

Zugleich führt uns Bahros Buch vor Augen, wie die theoretische Aufarbeitung der marxistischen Analyse der Übergangsgesellschaften und ihre spezielle Ausprägung in der DDR in der westdeutschen Linke stagniert.

